

Fragen der Freiheit



Heft 262

April–Juni 2002

**Geld und Währung –
national und international**

»... das bloße Vorhandensein einer Unzulänglichkeit der wirksamen Nachfrage kann und wird oft die Zunahme der Beschäftigung zum Stillstand bringen, *bevor* ein Niveau der Vollbeschäftigung erreicht ist.«

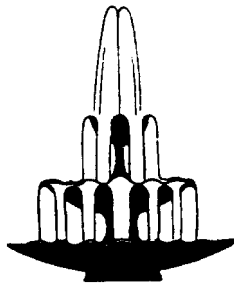
John Maynard Keynes

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 262

April–Juni 2002



seit 1957

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.
Badstraße 35, D-73087 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73
Internet: www.sffo.de

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Heiner Flassbeck</i>	
Das Ende von Bretton Woods, oder: Gibt es nationale Politik in einer internationalisierten Welt? . . .	3–28
<i>Gerhardus Lang</i>	
Der Bürger und sein Staat – Gedanken zur Besteuerung . . .	29–33
<i>Eckhard Behrens</i>	
ZVS abschaffen – aber wie?	34–35
Buchbesprechungen	
<i>Helmut Creutz</i>	
Joseph Huber: Vollgeld und Grundeinkommen	36–44
<i>Thomas Betz</i>	
Bernd Senf: Die blinden Flecken der Ökonomie	45–49
Leserbriefe	
Der Japanische Patient benötigt mehr als Strukturreformen . . .	50–55
Tagungsbericht	
<i>Bernd Hercksen</i>	
Weltwirtschaft zwischen Boom und Depression	56–60
<i>Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung</i>	
Presseinformation	61–62
Tagungsankündigung	63–64
Die Autoren dieses Heftes	55

Das Ende von Bretton Woods, oder: Gibt es nationale Politik in einer internationalisierten Welt?*)

Heiner Flassbeck

(Beitrag zu einer Festschrift für Karl Holtfrenrich)

I. Vorbemerkung

Dies ist kein Papier, das versucht, der Geschichte des Systems von Bretton Woods gerecht zu werden. Es ist kein Versuch, den Dingen in Form von nachprüfbaren Fakten auf den Grund zu gehen. Es geht auch nicht um die Frage, welches im Einzelnen die Gründe waren, die das einzige globale Währungssystem, das zudem noch wirtschaftlich äußerst erfolgreich war, zu Anfang der 70er Jahre zu Fall brachten. Meine Frage ist eine andere. Es ist die Frage nach den von der Wissenschaft entworfenen Alternativen des alten Systems und damit, implizit, nach der Funktionsweise der Ökonomie als Wissenschaft.

Die Zusammenhänge, die wir beobachten können, lassen sich meist in Beschlüsse fassen, die Politiker zu irgendeinem Zeitpunkt getroffen haben. Doch was hat man mit der Beschreibung solcher Entscheidungen und ihrer unmittelbaren Hintergründe erreicht? Fast alles bleibt dabei im Dunkeln. Warum haben die Politiker die Entschlüsse gefaßt? Was hat sie getrieben, welches war der intellektuelle Hintergrund ihrer Entscheidung? Und vor allem: Welche Alternative zu dem schlechten, dem abzuschaffenden System kannten die Politiker. Woher kam sie, wer hatte sie erprobt?

Meine zentrale Frage ist folglich ganz einfach: Wie hätten die Politiker entschieden, wenn ihnen die Ökonomen nicht eingeredet hätten, es gäbe eine ohne weiteres praktikable Alternative zum System von Bretton Woods. Eine Alternative, die nicht nur sogleich umsetzbar, sondern auch ausreichend getestet war auf den Märkten dieser Welt, um die Weltwirtschaft nicht unkalkulierbaren Risiken auszusetzen. Niemand würde es zulassen, daß ein Auto auf die Straße gestellt würde, das nicht von unabhängigen Sachverständigen unter möglichst realistischen Bedingungen auf Fahrtauglichkeit

*) Nachdruck aus dem Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Jahrgang 2002, mit freundlicher Genehmigung der Akademie Verlag GmbH in Berlin und des Autors.

untersucht wurde¹, von Flugzeugen oder Raketen ganz zu schweigen. War das bei dem Großexperiment in Sachen Währungssystem genauso?

In der Theorie gab es in der Tat Anfang der 70er Jahre eine Alternative. Sie hieß: Flexible Wechselkurse und eine allein auf die nationalen Belange abgestellte unabhängige Geldpolitik. Doch die Frage nach den Tests dieses im Jahr 1973 scheinbar neuen Modells ist schon nicht leicht zu beantworten. Kanada war das einzige Land, das nach dem Zweiten Weltkrieg über einen längeren Zeitraum flexible Wechselkurse aufgewiesen hatte mit durchaus gemischten Erfahrungen, soweit man überhaupt die Erfahrungen eines einzelnen Landes, das darüber hinaus noch ein ökonomisches Satellitendasein gegenüber einer ökonomischen Supermacht fristete, überhaupt zu Rate ziehen konnte.

Darüber hinaus gab es eine Zwischenkriegsphase, in der einige Länder wirklich flexible, im Sinne von marktbestimmten Kurse getestet hatten – mit desaströsem Ergebnis, wie viele Untersuchungen gezeigt hatten². So katastrophal waren die Ergebnisse, daß man sich schon während des Krieges entschloß, in einer weltweit ihresgleichen suchenden Kraftanstrengung ein neues globales und »geordnetes« System zu gründen. Doch das hielt die Politiker Anfang der 70er Jahre offenbar nicht ab, die Welt noch einmal in das Abenteuer »flexible Wechselkurse« zu jagen. Wie ist das zu erklären? Wie kann eine so eindringliche globale Erfahrung innerhalb nur weniger Jahre vollständig aus dem Auge verloren werden, wie kann ein Fach, das sich für eine Wissenschaft hält, so radikal mit der Empirie als letzter Instanz der Wahrheitssuche brechen?

II. Die erste Fiktion

Es begann – auch hier, ohne den Versuch meinerseits, genau, im Sinne von chronologischen Abläufen, zu sein – mit einem sehr schlichten Aufsatz. Milton Friedman schrieb seinen berühmten Aufsatz »The Case for Flexible Exchange Rates« in den 50er Jahren und argumentierte nach einem simplen Muster³. Da sich – im Zuge der keynesianischen Revolution! – gezeigt hat-

¹ Oder, dessen Hersteller wie in den USA weitreichenden Haftungszwängen unterliegt, die ihn zwingen, hohe Sorgfalt bei einem neuen Produkt aufzuwenden.

² League of Nations (1944) und Hayek (1937)

³ Friedmann (1962) und Johnson (1972); zu den Pionieren in Deutschland gehörte vor allem Sohm (1973), der schon Mitte der 60er Jahre in einem Gutachten für den Sachverständigenrat gefragt hatte, wie sich ein Land der importierten Inflation entziehen kann. Die Kieler Schule um Herbert Giersch entdeckte das Thema relativ spät, um sich dann aber mit umso mehr Verve und wenig Sachkenntnis darauf zu stürzen.

te, daß Preise und Löhne zu inflexibel seien, um Gleichgewicht in den internationalen Beziehungen herzustellen, gäbe es nur ein Instrument, um störungsfrei internationalen Handel miteinander treiben zu können: Der flexible Wechselkurs. Das zentrale Gegenargument, die mögliche Instabilität des Wechselkurses wegen allfälliger Spekulation, »widerlegte« Friedman mit leichter Hand. Man übersehe in der Regel, daß Spekulanten systematisch Verluste machen und aus dem Markt ausscheiden müßten, wenn die Spekulation nicht stabilisierend sei, es also keinen Trend gäbe, um den herum der »effiziente« Markt den Kurs stabilisiert. Weil aber die Mehrheit der Teilnehmer auf Dauer im Markt nicht systematisch Verluste machen könne, sei nicht zu erwarten, daß sich kein Trend herausbilde.

Die Erkenntnislogik dieses Arguments ist beeindruckend. Das ist etwa so, als ob ein Autokonstrukteur sagt, das von ihm entworfene Fahrzeug sei zwar noch nie gefahren, aber er hätte ja ein Auto entworfen und da es ein Auto sei, müsse es auch fahren können, also solle man ihm ruhig vertrauen. Die Ökonomie kann mit einem solchen Argument offenbar ohne weiteres umgehen. Zwar wurde es kritisiert und im Prinzip sogar widerlegt⁴, die große Mehrheit des Faches schlug sich gleichwohl auf Friedmans Seite, weil alles andere wohl wie ein »Verrat« an der Idee des überlegenen Marktes ausgesehen hätte.

Die Frage, ob der Devisen- oder Aktienmarkt auf die gleiche Weise wie ein normaler Markt funktioniert, war zwar schon in den 30er Jahren intellektuell weitgehend geklärt worden⁵, eine intensive Auseinandersetzung mit der Informationsverarbeitung verschiedener Märkte aber fand in der Diskussion um feste versus flexible Wechselkurse nicht statt, obwohl gerade der prominenteste Vertreter des radikalen Liberalismus schon 30 Jahre zuvor den Weg in die richtige Richtung gewiesen hatte⁶. Man arbeitete folglich im Lager der Vertreter flexibler Kurse mit der Fiktion der stabilisierenden Spekulation und verwies auf weitere Vorteile, die ein System flexibler Wechselkurse haben würde.

III. Die zweite Fiktion

Das zweite zentrale Argument bezog sich auf die Freiheit der nationalen Geldpolitik, bei flexiblen Wechselkursen autonom agieren zu können. Das Autonomieargument basierte natürlich auf dem Spekulationsargument,

⁴ Kaldor (1960)

⁵ Vgl. Keynes wichtigste Arbeiten, in denen dies immer wieder eine entscheidende Rolle spielte. Z. B. Keynes (1935) oder (1936)

⁶ Hayek (1937)

schien aber weitere Vorteile des neuen Systems zu beschreiben. In Deutschland insbesondere hatte sich der Eindruck verfestigt, das Diktat des Bretton Woods Regimes hinsichtlich der globalen Inflationsentwicklung habe unerwünschte Folgen für die deutsche Wirtschaftspolitik, die sich eine geringere Inflationsrate zum Ziel gesetzt hatte, als sie in den USA, der monetären Hegemonialmacht, vorherrschte⁷.

Und in der Tat ist nicht zu bestreiten, daß es der zentrale Nachteil eines hegemonial aufgebauten monetären Systems ist, daß alle Mitglieder sich dem Diktat der Leitährungsnotenbank beugen müssen, während diese als einzige eine in erster Linie auf nationale Gegebenheiten ausgerichtete Politik verfolgen kann. Daraus aber folgt nicht unmittelbar, wie wir in Europa inzwischen wissen⁸, daß nationale Politik die geeignete Alternative ist, sondern daraus folgt ganz unmittelbar, was Keynes in die Verhandlungen nach Bretton Woods mitgebracht hatte⁹, daß ein internationales System auch eine internationale Zentralbank braucht.

Die Fiktion der stabilisierenden Spekulation bei flexiblen Wechselkursen aber verdeckte diese Variante vollständig, konnte man doch zu Anfang der 70er Jahre scheinbar darauf hoffen, eine nationale Geldpolitik sei vollständig autonom, da sie nicht mehr gezwungen sei, am Devisenmarkt zu intervenieren. Diese formale Autonomie sollte genutzt werden, um den Geldmantel für die nationale wirtschaftliche Entwicklung und die national gewünschte Inflationsrate maßzuschneidern. Alle Determinanten der Geldmenge waren in der Hand der autonomen Notenbank und der Monetarismus hatte den blueprint geliefert, mit dem sich die optimale Geldmenge bestimmen ließ¹⁰.

Das einzige Problem war logischer Art: Wer nämlich davon spricht, daß ein Mehr an Geld oder »zuviel« Geld zur Inflation führt, der muß sagen, was zuviel ist, wenn er die schlichte Tautologie, die in der Quantitätsgleichung des Geldes steckt, vermeiden will. »Wir können ein Mehr an Geld immer nur (ex post) messen vor dem Hintergrund dessen, was real geschehen ist. Bestehen monetäre Bedingungen, die keine reale Expansion zulassen, ist Mehr an Geld eben weniger als beim Vorherrschen von monetären Bedingungen, die eine große reale Expansion erlauben. So kann ein Mehr an Geld selbst dazu führen, daß es nach Ablauf aller Anpassungsprozesse nicht »zu

⁷ Die »schleichende Inflation«, also eine Inflationsrate in der Größenordnung von 3%, wurde über viele Jahre von der deutschen Ökonomie zum entscheidenden wirtschaftspolitischen Problem hochstilisiert.

⁸ Vgl. Flassbeck (1996)

⁹ Z. B. in Keynes (1980)

¹⁰ Vgl. beispielsweise Brunner (1970)

viel« ist und wenig Geld kann zu wenig sein im Hinblick auf die reale Entwicklung, die es verhindert hat.«¹¹

IV. Die dritte Fiktion

Nachdem die nationale Geldpolitik formale Unabhängigkeit gegenüber externen Einflüssen gewonnen hatte, begannen insbesondere die »unabhängigen« Zentralbanken und allen voran die Deutsche Bundesbank, die Regeln des Spiels auf ihre eigene Art zu definieren. Zunächst übernahm die Bundesbank trotz der logischen Probleme weitgehend die monetaristische Regel, wonach eine Ausweitung der Geldmenge anzustreben sei, die die gesamte nominale Expansion auf die aus der Vergangenheit abgeleitete Wachstumsrate des Produktionspotentials und die unvermeidliche bzw. eine Zielinflationsrate begrenzte. Weil dieses Konzept dazu gedacht war, zu einer automatischen Stabilisierung der realen Entwicklung beizutragen und Reste keynesianischen Denkens noch immer vorhanden waren, trug dies nicht unmittelbar dazu bei, der Geldpolitik jede Verantwortung für die reale Entwicklung abzusprechen. Im Gegenteil, in dem von der Bundesbank proklamierten Geldmengenkonzept ist trotz der Problematik der Festlegung der Zuwachsrate des Produktionspotentials eine antizyklische Geldpolitik selbstverständlich. Gäbe es dieses Konzept in einer reinen Form, also in Form eines von der Zentralbank exogen vorgegebenen Geldangebots, ergäben sich nämlich Zinssenkungen und Zinserhöhungen am kurzen Ende automatisch, sobald die tatsächliche Inflationsrate und das aktuelle Wachstum von der Zielinflationsrate und dem unterstellten Potentialpfad nach unten oder nach oben abweicht. Bei konsequenter Anwendung dieses Konzepts wäre der kurzfristige Zins im Verlaufe des Jahres 2000 beispielsweise, spätestens aber zu Beginn des Jahres 2001 automatisch gesunken und hätte damit dem sich abflachenden Wachstum neue Impulse gegeben.

Nun gibt es allerdings kein reines Geldmengenkonzept, weil es schwierig bis unmöglich ist, ein (welches?) Geldangebot exogen vorzugeben. Die Hilfskonstruktion über die Orientierung an einer (endogenen) Geldmenge kann konsequenterweise aber nur dazu führen, eine Geldpolitik zu betreiben, »als ob« es ein exogenes Geldangebot gäbe, also den Kerngedanken des monetaristischen Geldangebotskonzepts beizubehalten. Dessen grundlegende Idee aber war, wie oben dargelegt, die Stabilisierung von Mengen und Preisen im Konjunkturverlauf durch eine rasche antizyklische Reaktion

¹¹ Flassbeck (1982), S. 93/94, siehe auch: Holtfrerich/Maier-Rigaud (1998) oder Maier-Rigaud (1985)

der kurzfristigen Zinsen (auf diesem Gedanken basiert natürlich auch die sog. Taylor-Regel). Doch es kam ganz anders. Mit dem immer weiteren Vordringen des Angebotsansatzes in der gesamten Wirtschaftspolitik gelang es auch der Bundesbank und schließlich der Europäischen Zentralbank in immer stärkerem Maße, jede Verantwortung für die reale Entwicklung abzuschieben und Zinssenkungen und Zinssteigerungen nur noch von der aktuellen bzw. der von der Zentralbank erwarteten Preisentwicklung abhängig zu machen.

Zu einer schweren Auseinandersetzung mit der Wirtschaftspolitik wegen dieses Konzeptes kam es, als im Herbst 1998 die neugewählte Bundesregierung Zinssenkungen vor dem Hintergrund der Asienkrise und einer sich deutlich abflachenden Weltkonjunktur verlangte. Die Zentralbank, unterstützt von der Europäischen Kommission, weigerte sich, die reale Entwicklung zu stabilisieren und griff erst sehr viel später als die amerikanische Zentralbank mit Zinssenkungen ein. Ich schrieb kurz nach meinem Ausscheiden aus dem Bundesfinanzministerium dazu in einem Aufsatz:

However, the Commission, the ECB and the European Council, in common with many other institutions, expect the probable development to be only a brief, temporary weakening of growth that can be accepted without the need for macroeconomic countermeasures. This view is exceedingly questionable, above all for two reasons. Firstly, even a »temporary« weakening will halt the decline in unemployment that has only just started. By doing so it will buttress unemployment through hysteresis effects, hence making it more difficult for unemployment to be brought down by other means and at a later stage. Second, and more importantly, every slowdown in economic activity bears the seeds of self-reinforcement if no expansive opposing impulse is applied. The downturn in expectations on account of falling demand from abroad will always spread to domestic demand if no compensatory effects arise somewhere else. Playing a waiting game is an exceptionally hazardous strategy, not least in view of global instabilities.

It is a widely-held misconception to believe that »automatic stabilisers« could be the source of such a compensatory effect. Given the necessary scope, the stabilisers in monetary and fiscal policy and in private households can do no more than avert imminent destabilisation, i.e. economic collapse. This is clearly demonstrated by the decline in long-term interest rates. This decline naturally weakens the effects of the global reduction in the demand for capital by which it was triggered. But the decline in long-term rates will never be sufficient to lead the economy back to its former equilibrium or to its original growth path. The same holds for the fiscal policy stabilisers or for a decline in the personal-savings ratio.

As these interrelations are indisputable, there is a unanimous view in the literature of economics that there should be instruments that can be used to counter such demand-led shocks. The global fall in demand quite clearly constitutes for the euro-11 what is known as a symmetric negative demand shock. A common monetary policy can and should react to such shocks – this, too, was the absolutely unanimous opinion among economists in the run-up to the euro. The only controversial issue was whether and in what way one can react to asymmetric shocks under the conditions imposed by monetary union.

After the occurrence of the symmetric shock most of the observers including the Commission feel that the present policy mix and the prevailing monetary conditions appear to be broadly right if there is convincing evidence that the economic slowdown in 1999 is likely to be only »temporary«. Such a view is not helpful at all. Given the global situation, the evidence is »uncertain« and anything other than »convincing«. Added to this is the fact that setbacks are always temporary: what is important is the duration and the intensity of the setback. Unless it is completely clear from the outset that monetary policy will assume the task of stabilisation and countering the shock, fiscal policy should on no account envisage budgetary tightening. Even trusting simply in the automatic stabilisers would in itself be a very risky strategy.

What is asked for by mainstream economic analysis in Europe as an adequate policy response is in no way »keynesian«. A reduction of short term interest rates by the central bank is implicit in any monetarist prescription of medium term reliable monetary targeting. This is true for Friedmanite monetary base growth as well as for approaches following »Taylor-Rules«. Whenever real growth and/or the inflation rate fall short of the rate that had been targeted in one way or the other by the central bank, interest rates have to be cut or fall automatically. Even in the concept the Bundesbank had been following in the last 20 years this is undeniable. The fact that there has never been something like an exogenous money supply didn't hinder German monetary policy to act »as if« its intermediate money target, M3, would be an exogenous variable and thus fully under control of the central bank. But if this is an adequate approach an immediate reduction of short rates in case of a symmetric demand side shock is unavoidable. Thus, it is more than surprising that the national as well as the European central bank were extremely hesitant to do what their own concept demands.

Trotz der Erfahrung von 1999, die nur dank der massiven amerikanischen Stabilisierung (durch die Verbraucher und die Notenbank) und der Euro-Schwäche nicht zu einer Rezession in Europa geführt hatte, wiederholte sich die Diskussion um die Geldpolitik, diesmal vor allem von Journalisten und Analysten geführt, im Herbst und Winter 2000/2001 in nahezu gleicher

Weise. Wieder wehrt sich die Zentralbank mit allen nur denkbaren Argumenten gegen den äußeren Druck, um das letztlich Unumgängliche und das Vernünftige zu verhindern. Wieder viel zu spät, Mitte Mai 2001, macht sie unter dem akuten Druck der sich abschwächenden Wirtschaft einen ersten zaghaften Schritt zur Zinsumkehr und muß damit natürlich implizit zugestehen, daß das Abwarten bis zu diesem Zeitpunkt mit Sicherheit falsch war, denn nichts hat sich zwischen dem Herbst 2000 und dem Frühjahr 2001 an der zu erwartenden Inflation geändert.

Die Unfähigkeit der Bundesbank und der EZB, selbst ein monetaristisches Potentialkonzept sachgerecht umzusetzen, zeigt die Gefahr einer scheinbar rein nationalen und von der Politik formal unabhängigen Geldpolitik in aller Deutlichkeit. Die Unabhängigkeit führt nicht zur Souveränität der Institution im Umgang mit der Öffentlichkeit und der Politik, sondern provoziert das Gegenteil. Um die formale Unabhängigkeit zu bewahren, sucht die technokratisch geführte Institution nach Wegen, ihre Verantwortung auch unter Mißachtung ihres eigenen Konzepts möglichst weitgehend in den Raum der Politik zu schieben. Technokratisch geführte Organisationen fürchten nichts mehr, als für »handwerkliche« Fehler verantwortlich gemacht zu werden, weil das unmittelbar ihre Legitimation als technokratische Organisation in Frage stellt. Schließlich haben die demokratisch legitimierte Institutionen den Weg hin zu einer nicht-demokratisch legitimierten Form gewählt, weil sie überzeugt davon waren, nur die letztere könne regelmäßig handwerklich »richtige«, da nicht politisch beeinflusste Entscheidungen treffen.

Paradoxerweise erweist sich am Ende die Wahl der Organisationsform jedoch verantwortlich dafür, daß systematisch falsche Entscheidungen getroffen werden, weil die unabhängige Organisation sich ein Paradigma zulegt, das nicht von der Frage des Wahrheitsgehaltes geleitet ist, sondern von der Frage, wie eigene handwerkliche Fehler am besten verschleiert werden können. Gelingt es der »unabhängigen« Zentralbank, bei dieser Suche eine gewisse Unterstützung in der Wissenschaft zu finden – ganz gleich, wie gut abgesichert deren Erkenntnisse sein mögen –, ist es der Politik unmöglich, Einfluß zu nehmen, wiederum ganz gleich, ob ihr Anliegen berechtigt ist oder nicht.

In Europa hat diese Geldverfassung inzwischen zu nur noch absurd zu nennenden Vorstellungen und Verlautbarungen geführt. Der europäische Zentralbankpräsident sagte bei der Verteidigung einer Entscheidung, die Zinsen nicht zu senken, die Verschlechterung der externen Bedingungen sei zwar verantwortlich für die Abschwächung des Wachstums in Europa, und die heimische Nachfrage könne dem Wachstumseinbruch vorbeugen. Gleichzeitig stellte er aber fest, daß die Geldpolitik das Wachstumspotential in Europa nicht erhöhen könne, denn dieses sei weitgehend von »strukturel-

len Faktoren« bestimmt¹². Um das Produktionspotenzial zu erhöhen seien »comprehensive structural reform policies aimed at...improved investment incentives« notwendig sowie »...the implementation of market-oriented reforms«. Dies sei die alleinige Verantwortung der von den Regierungen zu verantwortenden Wirtschaftspolitik, die dabei aber die fiskalische Konsolidierung niemals aus dem Auge verlieren dürfe. Schließlich sei die »... continuous contribution of social partners ... essential to prevent temporary inflationary pressure from possibly translating into longer-lasting effects«.

Die EZB vertritt folglich eine Rollenverteilung der Wirtschaftspolitik, bei der die Notenbank nur noch die Rolle des Wächters über die eigentlich verantwortlichen übrigen Teilnehmer übernimmt. Konsequenterweise wird die Außenfront flexiblen Wechselkursen überlassen, so daß die Notenbank bei jedweder Störung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, selbst bei Inflation, darauf hinweisen kann, die anderen hätten versagt. Die Frage, ob das Weltbild, die Theorie der Notenbank, angemessen ist, wird nicht diskutiert. Nicht einmal die viel näher liegende Frage, ob das Weltbild konsistent ist, kann von der Politik erörtert werden, ohne die Autonomie der Institution und damit scheinbar die »Glaubwürdigkeit« der gesamten Geldordnung in Frage zu stellen. Offensichtlich ist das Weltbild der EZB inkonsistent. Um nur den auf der Hand liegenden Fall zu nennen: Man kann nicht – keynesianisch – den Sozialpartnern eine Mitverantwortung für die Inflation via Lohnstückkosten zuweisen und gleichzeitig – neo-klassisch – die Verantwortung für die Beschäftigung ebenfalls der Lohnpolitik via Reallohnzurückhaltung übertragen¹³.

Noch schlimmer aber ist, daß die EZB in ihrem Weltbild die in Deutschland und in vielen Lehrbüchern übliche Trennung von Konjunktur und Wachstum vertritt, die sich gerade wieder vor dem Hintergrund der erneuten Abschwächung des Jahres 2001 als reine Schimäre erweist. Selbst einfachste Arithmetik zeigt, zu welch absurden Schlußfolgerungen man gelangen muß, wenn man konsequent Konjunktur als Abweichung von einem – vorgegebenen? – Trend ansieht. Die deutsche Wirtschaft ist nach einem kurzen Aufschwung im Jahr 1997 in den beiden Folgejahren in den Sog der Asienkrise geraten und schwächer gewachsen. 1999 waren es nur 1,5 %, obwohl alle Prognostiker der Wirtschaft eine viel stärkere Expansion zugetraut hatten. Nach einem Zwischenspurst von 3,0 % im Jahre 2000 werden es 2001 wohl wieder nur 1,5 % sein – erneut, weil die Weltwirtschaft lahmt.

¹² Duisenberg (2001)

¹³ EZB spricht von level der AL und struktural rigidities am labor market...Flassbeck/Spiecker

Nach der in Europa vorherrschenden und auch von der EZB vertretenen Meinung muß man mit kurzfristig wirkenden Mitteln nichts gegen diese Wachstumsabschwächung tun. Tut man aber nichts dagegen, wird es tatsächlich zu einer Verringerung des Wachstumstrends kommen. Vom Jahr 2002 aus betrachtet wird die Phase 1999 bis 2001 mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2 % tatsächlich wie eine Phase geringen Wachstums erscheinen, obwohl das mittlere Jahr 2000 gezeigt hat, daß sich in der deutschen Wirtschaft bei geeigneten Bedingungen auf der Nachfrageseite durchaus ein weit größeres Wachstum entfalten könnte. Daraus wird man folgern, offensichtlich gäbe es »strukturelle Hemmnisse« für ein größeres Wachstum, obwohl offensichtlich ist, daß es in zwei der drei Jahren ein exogener Nachfrageschock war, der für die Abschwächung zunächst unmittelbar verantwortlich war und schließlich das Versagen der gesamten Wirtschaftspolitik, die nicht reagierte, weil sie von vorneherein die Abschwächung als nicht bekämpfbar angesehen hat. Weil man also der »strukturellen« Diagnose anhängt, bestätigt sich hinterher scheinbar diese Diagnose. Die schlichte Tatsache, daß zwei Dellen in der konjunkturellen Entwicklung eine dauerhafte Wachstumsverlangsamung begründen, wird nicht zur Kenntnis genommen.

Bundesbankpräsident Welteke¹⁴ zeigte sich »nicht erfreut« darüber, daß die amerikanische Abschwächung auf Europa übergreift. Die Zahlen seien als »Aufforderung« an die Politik zu verstehen, »ihre Reformanstrengungen voranzutreiben«. Andere mahnen wegen der Konjunkturschwäche explizit Reformen zur Erhöhung der Arbeitsmarktflexibilität an. Immer zeigt sich die gleiche gravierende Inkonsistenz wie bei der EZB. Wer neoklassisch Wachstum und Beschäftigung trennt, »weil Vollbeschäftigung bei ausreichend stark sinkenden Löhnen bei jeder Wachstumsrate erreicht werden kann«, muß erklären, wieso stark sinkende Nominallöhne nicht zu sinkenden Preisen führen, weil die Lohnstückkosten natürlich noch stärker sinken. Wenn sinkende Preise bei sinkenden Lohnstückkosten verhindert werden sollen, muß aber die Geldpolitik in jedem ökonomischen Paradigma in expansiver Hinsicht aktiv werden. Das Ergebnis für die Wirtschaftspolitik ist das Gleiche, wie bei einer keynesianischen Betrachtung. Sollen aber die Nominallöhne nicht sinken, sondern nur die Reallöhne, müssen die Preise stärker als zuvor steigen. Auch das fordert ein expansives Einschreiten der Geldpolitik. Stillhalten der Geldpolitik und das Ablehnen jeder Verantwortung für die Folgen eines negativen Nachfrageschocks ist in jedem Fall falsch.

Nur wenn man sich in eine Wischi-Waschi-Welt rettet, in der man großspurig von »Reformen« und »Arbeitsmarktflexibilität« spricht, ohne zu sa-

¹⁴ Welteke (2001)

gen, was man damit meint, und ob und wie das Gemeinte auch tatsächlich zu mehr Beschäftigung führt, kann man solche Konsequenzen umgehen¹⁵. Solange die Mehrheit der Wissenschaftler aber schweigt oder sich in ähnlicher Weise wie die Politiker immunisiert, ist es für die Notenbank ein Leichtes, ihre technokratische Aufgabe so eng zu definieren, daß sie niemals für handwerkliches Versagen zur Verantwortung gezogen werden kann.

V. Das Ergebnis

Das Ergebnis von 30 Jahren nationaler und unabhängiger Geldpolitik in Europa ist nur katastrophal zu nennen. Die Träume der Ökonomen sind zu realen Alpträumen geworden. Die Vorstellung, die ganze Welt sei ein einziger eng verflochtener Markt, auf dem sich Güter und Kapital vollkommen frei bewegen und der Wohlstand aller Menschen permanent steigt, war nicht kompatibel mit dem Traum, die nationalen Regierungen und Notenbanken in dieser heilen marktwirtschaftlichen Welt seien autonom in ihren wirtschaftspolitischen Entscheidungen, müssen also keinerlei Rücksicht nehmen auf außenwirtschaftliche Entwicklungen und die Entscheidungen anderer Regierungen. Um beide Vorstellungen miteinander in Einklang zu bringen, mußten die Ökonomen ein wundersames Instrument entwickeln, das in der Lage sein sollte, eng miteinander verflochtene Volkswirtschaften wieder gewissermaßen zu entflechten, so daß die Regierungen den Ausgleich aller außenwirtschaftlichen Störungen dieser Wunderwaffe überlassen können. Diese Wunderwaffe aber hat versagt. Gibt man dem Markt die Möglichkeit, die Währungsrelationen im tagtäglichen Prozeß des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage am Devisenmarkt festzulegen, sorgt dieser gerade nicht dafür, daß jederzeit die relevanten Unterschiede zwischen den beteiligten Volkswirtschaften ausgeglichen werden.

Wie hätte das auch anders sein sollen? Wie sollte die schlichte Änderung des Außenwerts einer Währung, also die Änderung des äußeren Geldwertes, Störungen und Schocks auf Dauer abfedern können? Der Traum der

¹⁵ So ist es üblich geworden, dem Hinweis auf stark gesunkene Lohnquoten in Europa bei einer weitgehend konstanten Lohnquote in den USA, die nach der neoklassischen Theorie gerade nicht mit der Entwicklung der Niveaus der Arbeitslosigkeit korrespondiert, die größere strukturelle Flexibilität der Löhne in den USA entgegenzuhalten. Zwar ist es selbstverständlich, daß die Struktur der Löhne nicht das Niveau der Arbeitslosigkeit erklären kann, weil es sonst weder eine sinnvolle Definition von Struktur noch von Niveau geben kann, doch solche einfachsten logischen Nebenbedingungen jeder wissenschaftlichen Aussage werden in der Ökonomie ignoriert, um das längst unhaltbar gewordene Paradigma zu retten. Vgl. dazu auch Flassbeck/Spiecker 2001...

Ökonomen von der wirtschaftspolitischen Isolierung ohne staatliche Eingriffe bot zwar der Politik einen scheinbar leicht zugänglichen Fluchtweg aus der Verantwortung. Solange auf die Frage, ob überhaupt und in welcher Weise der Wechselkurs als Instrument der Wirtschaftspolitik Verwendung finden kann, keine befriedigende Antwort von Seiten der Ökonomen gegeben wird, waren die Politiker nicht unter Handlungsdruck. Umso erstaunlicher ist es, daß die Gründung einer Europäischen Währungsunion gelungen ist, in der man den Wechselkurs als wirtschaftspolitisches Instrument ein für alle mal abgeschafft hat.

Der jüngste Streit um die Schwäche des Euro zeigt jedoch, wie labil das ideologisch-theoretische Fundament ist, auf dem die gemeinsame europäische Währung noch immer ruht. Die Schwäche des Euro gegenüber dem US-Dollar hat erneut die Frage aufgeworfen, ob die Währungsunion ohne große Komplikationen die Stürme durchsegeln und die Klippen umschiffen wird, denen sie sich auf ihrem Weg in das nächste Jahrtausend gegenüber sieht. Viele der Ökonomen, die sich früher auf der Seite der »flexiblen Wechselkurse« sahen, erwarten einen baldigen Schiffbruch. Theoretisch und praktisch schlecht vorbereitet sei der Supertanker, den die Politiker – rein aus »politischen« Gründen – vom Stapel gelassen haben. Zu inflexibel sei die Wirtschaft und insbesondere der Arbeitsmarkt in den meisten Teilnehmerländern, um ohne den »Schockabsorber« Wechselkurs auskommen zu können. Nur ein flexibler Kurs erlaube die Bewältigung der Folgen sogenannter asymmetrischer Schocks, also z.B. eines Erdbebens in nur einem Mitgliedsland oder eines politischen Bebens, wie es die deutsche Vereinigung gewesen war.

Hier nun gerät die Ökonomie als Wissenschaft endgültig auf die schiefe Ebene. Der Wechselkurs soll nach heutiger Lesart nicht nur die monetären Unterschiede zwischen Volkswirtschaften ausgleichen, sondern reale Schocks bewältigen helfen. Sobald man über diese These etwas konkreter nachdenkt, zeigt sich, in welcher verzweifelter Lage die Ökonomie sein muß, wenn sie auf solche argumentative Auswege verfällt. Ist der Wechselkurs – also die Ab- oder Aufwertung der Währung eines Landes – tatsächlich ein effizientes Werkzeug der Wirtschaftspolitik, wie es uns ein nicht zu unterschätzender Teil der Ökonomen aller Theorierichtungen noch immer glauben macht? Betrachten wir einen einfachen Fall: Ein Erdbeben verwüste erhebliche Teile des Kapitalstocks eines Landes. Das Realeinkommen dieses Landes muß – ohne Hilfe von außen – sinken. Eine weitgehend friktionslose Anpassung an diesen Schock ist offenbar möglich, wenn alle Teile der Bevölkerung den unumgänglichen Verlust an Realeinkommen ohne weiteres akzeptieren. Das wäre etwa der Fall, wenn die Arbeitnehmer die dem Schock folgende einmalige Preiserhöhung hinnehmen, ohne darauf mit

höheren nominalen Lohnforderungen gegenüber dem Staat und den Unternehmen zu reagieren.

Ein Anpassungsproblem tritt für das betreffende Land aber auf, wenn die Arbeitnehmer einen Ausgleich für die vom Erdbeben verursachte Preissteigerung fordern und auch durchsetzen können. In diesem Fall sinken entweder die Gewinne, was zusätzliche negative Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit und die Zahl der Arbeitsplätze mit sich bringt, oder den Unternehmen gelingt es – bei nachgiebiger Geldpolitik – die überhöhten Lohnforderungen auf die Preise zu überwälzen. Dann wird aus der einmaligen Preiserhöhung eine echte, weil vermutlich dauerhafte Inflation. Den letzten Fall meint offenbar, wer von inflexiblen, verkrusteten Arbeitsmärkten in Europa und der daraus abgeleiteten Notwendigkeit eines Wechselkurses puffers spricht. Doch hätte eine Abwertung im Gefolge des Erdbebens die erwünschte Wirkung? Die Arbeitnehmer in unserem vom Erdbeben verwüsteten Land sind nicht bereit, den für die Gesellschaft als Ganzes unvermeidlichen Realeinkommensverlust durch das Erdbeben zu akzeptieren. Eine Abwertung aber, die nichts anderes darstellt als einen zusätzlichen Realeinkommensverlust – wegen sinkender *terms of trade* – akzeptieren sie nach der gängigen These vom Wechselkurs als »Puffer« ohne weiteres.

Ist diese These aber falsch, weil die Wirtschaftssubjekte nicht unterscheiden zwischen erdbeben- und abwertungsbedingter Preissteigerung, steigt bei nachgiebiger Geldpolitik nach der Abwertung lediglich die Inflationsrate noch stärker als im reinen Erdbebenfall. Die Notwendigkeit einer restriktiven Geldpolitik wird dann um so größer. Im Ergebnis: Die Währung des vom Erdbeben verwüsteten Landes wird früher oder später abwerten, wenn die Reallöhne inflexibel sind. Die Abwertung jedenfalls ist kein »Puffer« für den realen Schock, sondern gleicht bestenfalls die negative Sekundärwirkung des Schocks in Form einer nochmals höheren Inflationsrate und einer Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsposition aus.

Noch verwirrender sind die Folgen der sich überlagernden Angebots- und Nachfrageschocks nach der deutschen Vereinigung. Hier ist nicht einmal die Richtung einer angemessenen Wechselkursänderung klar. Die Mehrheit der Ökonomen sah und sieht es als nahezu selbstverständlich an, daß Deutschland nach der Vereinigung auch gegenüber den europäischen Kernländern hätte aufwerten müssen. Doch warum hätte die D-Mark aufwerten sollen? Unmittelbar war der Schock der Vereinigung für Deutschland ohne Zweifel das, was man in der Literatur einen negativen Angebotsschock nennen würde. Der Staat reagierte darauf mit einem positiven Nachfrageschock. Im Ergebnis sank das Realeinkommen pro Kopf in Deutschland, die zuvor hoch aktive Leistungsbilanz rutschte tief ins Minus, die Löhne

und die Inflationsrate stiegen ebenso wie das Staatsdefizit weit stärker als zuvor und weit stärker als in anderen Ländern. Warum sollte die Währung eines solchen Landes aufwerten und nicht abwerten?

Die Ökonomie hat mit der These vom Wechselkurs als Puffer für reale Schocks eine fundamentale Inkonsistenz in ihr Aussagensystem eingebaut. Zu Recht hat sie auf der einen Seite festgestellt, daß die Wirtschaftspolitik mit der Veränderung des Geldwertes in der Zeit, mit Inflation also, nicht dauerhaft operieren kann, ohne daß die Wirtschaftssubjekte die »Geldillusion« verlieren und ihre nominalen Ansprüche an die steigende Inflationsrate anpassen. Auf der anderen Seite aber betrachten viele Ökonomen Änderungen des Geldwertes im Raum, Wechselkursänderungen also, als ein jederzeit einsetzbares Werkzeug der Wirtschaftspolitik, ohne darauf hinzuweisen, daß die Wirtschaftssubjekte auch diese spezifische Form der Geldillusion langfristig selbstverständlich durchschauen und damit seiner Wirkung vollständig berauben werden.

Die Verringerung des externen Wertes des Geldes, also Abwertung, ist ebensowenig wie die Verminderung des internen Wertes des Geldes, also Inflation, ein geeignetes und auf Dauer einsetzbares Werkzeug der Wirtschaftspolitik. Wechselkursänderungen können ebensowenig ein »Puffer« für reale Schocks sein wie Änderungen der Inflationsrate. Frühere Ökonomen wußten das noch. Knut Wicksell, einer der großen Innovatoren, schrieb zu Beginn dieses Jahrhunderts, »... a stable value of money in time as well as in space« sei die zentrale Voraussetzung für eine funktionsfähige Marktwirtschaft¹⁶. Am Ende des Jahrhunderts scheint diese Erkenntnis verloren gegangen zu sein. Der Wicksellschen Logik entsprechend ist die einzige Funktion, die Wechselkursänderungen haben können, der Ausgleich von Inflationsdifferenzen bzw. der Differenz der Änderung der Lohnstückkosten gegenüber Ländern, die (noch) nicht in der Lage sind, die interne Entwertung des Geldes ebensogut in Grenzen zu halten wie etwa Europa oder die USA.

Damit werden fundamentale Ungleichgewichte im Handel verhindert, weil alle beteiligten Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten, der sog. reale Wechselkurs bleibt konstant. Dies wurde von flexiblen Wechselkursen in der Vergangenheit auf kurze Sicht sehr schlecht, auf längere Sicht aber leidlich garantiert. Betrachtet man etwa die Entwicklung der Lohnstückkosten in Deutschland auf der einen und den übrigen Industrieländern auf der anderen Seite von Anfang der 70er Jahre bis heute, zeigt sich, daß der große Vorsprung, den sich Deutschland durch hohe Lohndisziplin erarbeitet hat, durch Aufwertungen der D-Mark auf lange Sicht vollständig ausgeglichen

¹⁶ Vgl. K. Wicksell (1958)

wurde. Lange Phasen der Unter- und Überbewertung der D-Mark, also eines »falschen« Wechselkurses, waren aber der Preis, der für das Experiment mit flexiblen Wechselkursen zu zahlen war.

Aus der Wicksellschen Logik folgt auch, daß das »asiatische Modell der frühen 90er Jahre«, nämlich Stabilität des Preisniveaus über eine Fixierung des Wechselkurses zu importieren, den Keim der Währungskrise in sich trug, weil eine reale Aufwertung in den betreffenden Ländern unvermeidlich war. Die vielfältigen Erfahrungen mit solchen Modellen im Vorfeld der Europäischen Währungsunion haben aber gezeigt, daß eine kontrollierte Flexibilität des nominalen Wechselkurses am Ende erfolgreich sein kann, wenn den potentiellen Abwertungsländern schließlich die Stabilisierung des internen Geldwertes aus eigener Kraft gelingt.

Die Weltfinanzkrise erfordert ein grundsätzliches Umdenken auch der großen, relativ geschlossenen Volkswirtschaften der Welt. Es gibt keine Insel der Seligen und es gibt keine Methode der Währungspolitik, sich von den Vorgängen im Rest der Welt abzuschotten. Es ist vielleicht der größte Irrtum der Ökonomie in diesem Jahrhundert, lange Zeit der Politik die Vorstellung vermittelt zu haben, es gäbe so etwas wie nationale Souveränität in der Wirtschaftspolitik, wenn man nur ein Währungssystem installiert, das »flexibel« alle von außen kommenden Schocks abfängt. Das aber kann es nicht geben, weil die real existierenden Währungssysteme nicht einmal monetäre Störungen relativ friktionsfrei ausgleichen können, ganz zu schweigen von realen Schocks.

Der Verlust an wirtschaftspolitischer Souveränität für Nationen oder Regionen, der in diesen Tagen spürbar wird, ist nicht Folge eines ungeeigneten Währungssystems, sondern im Kern Folge der Entscheidung fast aller Länder dieser Welt für offene Güter- und Kapitalmärkte. Globalisierung erlaubt keine Abschottung. Wirtschaftspolitisch gestaltbar ist lediglich die Art und Weise, wie Krisen von vornherein vermieden bzw. effektiv bekämpft werden können. Da – wie man es auch dreht und wendet – in den weltweiten krisenhaften Zuspitzungen regelmäßig Veränderungen des realen Wechselkurses nach oben und nach unten, also Veränderungen der Wettbewerbsfähigkeit ganzer Volkswirtschaften, oder dadurch induzierte unhaltbare Zinskonstellationen an den Finanzmärkten eine zentrale Rolle spielten, muß man an diesem Punkt ansetzen. Nur eine neue globale Währungsordnung kann hier Abhilfe schaffen.

Diese muß garantieren, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften nicht ändert, damit die Unternehmen in einen gesunden Wettbewerb treten können. Das kann z. B. auf die Weise geschehen, daß »Ab- und Aufwertungsbänder« für Wechselkurse definiert werden, die ausschließlich dem einen zentralen Ziel dienen, nämlich den realen Wech-

solkurs über längere Fristen in etwa konstant zu halten¹⁷. Nominale Ab- und Aufwertungen, die in bestimmten Abständen diskretionär oder nach vereinbarten Regeln vorgenommen werden, müssen die jeweils aufgelaufenen Inflations- und Lohnstückkostendifferenzen widerspiegeln. Das bedeutet also gerade nicht feste Wechselkurse, sondern – wie im System von Bretton Woods – feste, aber anpassungsfähige Wechselkurse. Die Anpassung der nominalen Wechselkurse soll dabei verhindern, daß große außenwirtschaftliche Ungleichgewichte entstehen. Auch in einem solchen System sind destabilisierende Kapitalbewegungen nicht auszuschließen. Die Wahrscheinlichkeit, daß sie eintreten, sinkt aber, weil den Märkten klare Orientierungslinien geboten werden und unhaltbare Zinskonstellationen sowie reale Unter- und Überbewertungen nicht auftreten können. Gerade weil es solche Orientierungen gibt und grundlegend falsche Wechselkurse ausgeschlossen werden, ist in diesem System der Bedarf an Kontrollen für den Kapitalverkehr geringer als ohne Wechselkurssteuerung, weil der bei weitem problematischste Teil des »Kasinos« sich an den Devisenmärkten befindet. Zu einem solchen System gehört auch ein »monitoring« und ein »early warning system«, das in Zusammenarbeit der großen Industrieländer mit den aufstrebenden Nationen entwickelt werden sollte.

Für Länder oder Ländergruppen, die gleichermaßen der Inflation als Instrument der Wirtschaftspolitik abgeschworen haben, braucht man keine Wechselkursänderungen. Das gilt beispielsweise derzeit für die USA, Japan und Europa. Die Inflationsraten und die Zuwachsraten der Lohnstückkosten sind auf beiden Seiten des Atlantik wie in Japan seit Jahren niedrig. Die Schwäche des Euro im Verhältnis zum US-Dollar und die Stärke des japanischen Yen im Verhältnis zum Dollar können nur als eine fundamentale Fehlbewertung von Seiten des Marktes angesehen werden. Das unübersehbare Ungleichgewicht im Handel Europas mit den USA würde eher für eine Aufwertung als für eine Abwertung des Euro sprechen.

Doch selbst diese Schlußfolgerung wäre voreilig. Europa weist zwar seit Jahren einen hohen Überschuß in der Leistungsbilanz auf, die USA ein rasch steigendes Defizit, doch auch hier ist nicht irgendeine Maßnahme gefragt, sondern nur Ursachentherapie kann die angemessene Antwort sein. Alles

¹⁷ Die Diskussion über »Zielzonen« für Wechselkurse, die ich in mancher Hinsicht durch eine unbedachte Äußerung im »Spiegel« im Herbst 1998 losgetreten habe, führt dagegen in die Irre, wenn mit Zielzonen das in den USA vor allem von John Williamson entwickelte Konzept gemeint ist. Es gibt in der Tat keine Möglichkeit, Wechselkurse zu »berechnen«, die bestimmten wirtschaftspolitischen Zielen außer dem Ausgleich von Inflationsraten dienen können. Insofern ist Williamsons Konzept zu kompliziert und in der Regel nicht in Übereinstimmung mit der Notwendigkeit, die Zinsparität ebenso wie die Kaufkraftparität zu erfüllen.

spricht dafür, daß die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen zu einem erheblichen Teil das Ergebnis einer Wachstumsücke zu Lasten Europas sind. Während die amerikanische Wirtschaft von 1990 bis heute um fast 3 % wuchs, brachte es Euro-Land seit dieser Zeit nur auf eine Wachstumsrate von 1,7 %. Die Binnennachfrage stieg im gleichen Zeitraum in den USA um 2,9 %, in Europa nur um – sage und schreibe – 1,4 %. Daß dabei ein Leistungsbilanzungleichgewicht entsteht, ist unvermeidlich. Eine massive nominale und reale Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro würde zwar die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft verbessern und die Europas verschlechtern, würde aber gleichzeitig die Wachstumsperspektiven Europas weiter verdünnern und die der USA noch weiter aufhellen. Ob es dann tatsächlich zu einem Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte käme, ist eine offene Frage. Sicher aber würde eine starke reale Aufwertung des Euro zu enormen Allokationsverzerrungen führen, die Verluste an Realeinkommen auf beiden Seiten des Atlantik zur Folge hätten.

Auch hier zeigt sich wieder eine zentrale Inkonsistenz in der Ökonomie. Während über die »fatalen« Allokationsfolgen einer Beschleunigung der Inflation Bibliotheken gefüllt wurden, werden die enormen und – angesichts der viel stärkeren Schwankungen des Wechselkurses – auch realwirtschaftlich sicher gravierenderen Folgen von Änderungen der realen Wechselkurse schlicht ignoriert. Internationaler Handel wird analysiert und evaluiert, als ob es diese massiven Überlagerungen der eigentlichen, den Handel erklärenden Variablen nicht gäbe. Selbst in Fällen, wo die Unsinnigkeit dieses Vorgehens mit Händen zu greifen ist, werden »monetäre« Störungen streng getrennt von »realen«, den Handel betreffenden Sachverhalten. So drohte die Europäische Union jüngst Korea damit, es wegen Dumpings beim Schiffbau vor der WTO mit einer Anti-Dumping-Klage zu überziehen. Die gleiche Europäische Union hat aber der massiven Abwertung der koreanischen Währung zur Lösung der Finanzkrise sowie dem Übergang Koreas zu flexiblen Wechselkursen explizit im Rahmen seiner Verantwortung im IWF zugestimmt bzw. dies sogar empfohlen.

Es ist mehr als erstaunlich, daß hinsichtlich der Rückwirkungen nationaler Maßnahmen auf andere Volkswirtschaften im Bereich des internationalen Handels ein ausgeklügeltes Regelwerk mit internationaler Rechtsprechung im Rahmen der WTO existiert, während über reale Wechselkursänderungen, die oft weit größere Auswirkungen auf Handel und Kapitalströme als reine Handelsbarrieren haben, in internationalen Verhandlungen mit Leichtigkeit hinweggegangen wird. Alle sind offenbar gefangen von der Fiktion, der Wechselkurs sei ein monetäres Phänomen und trotz offener Grenzen in der globalisierten Wirtschaft könne es so etwas wie eine wirtschaftspolitische Autonomie von Nationalstaaten geben. Beides ist nicht haltbar.

Kaum ein Faktor hat größere Auswirkungen auf die internationalen Handelsströme als massive reale Wechselkursänderungen. Die Beispiele dafür sind Legion, sie reichen von der Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar in den 80er Jahren über die Aufwertung des Yen in den 90ern bis hin zur Abwertung des Euro seit 1999, die Europa einen exportgetragenen Aufschwung beschert hat, ganz zu schweigen von den wundersamen Heilungen der asiatischen Volkswirtschaften nach der Krise von 1997 oder den erwähnten Beispielen Brasiliens oder Rußlands nach ihrer jeweiligen Krise. Wirtschaftspolitische Autonomie können Wechselkursänderungen nur in dem theoretischen Ausnahmefall herstellen, wo jede Änderung der Kurse allein von rationalen Erwartungen auf der Basis der Kaufkraftparitäten (also Ausgleich der Inflationsdifferenzen durch den Wechselkurs und sonst nichts) getragen ist.

Dieser Fall tritt aber, wie viele empirische Untersuchungen zeigen, in den wirtschaftspolitisch relevanten Zeiträumen nie ein. Europa war in den vergangenen zwei Jahren bei einer starken realen Abwertung des Euro so wenig autonom wie die USA angesichts einer starken realen Aufwertung des Dollar, und die Warenströme zwischen beiden Regionen waren nicht von den realen Gegebenheiten des Wettbewerbs dominiert, sondern von der Unterbewertung des Euro. Sollte sich der Euro bald kräftig aufwerten, wird sich der Mangel an geldpolitischer Autonomie noch klarer zeigen, weil die EZB dann entweder direkt im Devisenmarkt oder doch stützend bei der Binnennachfrage zum Ausgleich des Exportrückgangs eingreifen muß. Der Handelsaustausch wird dann wieder darunter leiden, daß diejenigen, die gestern noch zurückgefallen waren, heute die Gewinner im Wettbewerb sind, ohne daß sich an den realen Verhältnissen etwas geändert hätte.

Insofern muß die Agenda der Handelsverhandlungen erweitert werden um Währungsfragen bzw. eine globale Währungsordnung muß einer globalen Handelsordnung vorausgehen. Unmittelbar vor und nach dem Zweiten Weltkrieg gab es darüber keinen Zweifel. Keynes sagte im Britischen Oberhaus im Mai 1944 zu den schon laufenden Bretton Woods-Verhandlungen: »To begin with, there is a logical reason for dealing with the monetary proposals first. It is exchange ratetraordinary difficult to frame any proposal about tariffs if countries are free to alter the value of their currencieswithout agreement at short notice. Tariffs and currency depreciations are in many cases alternatives. Without currency agreements you have no firm ground on which to discuss tariffs. In the same way plans for diminishing the fluctuati- ons of international prices have no domestic meaning to the countries concerned until we have some firm ground in the value of money. Therefore, whilst the other schemes are not essential as prior proposals to the monetary scheme, it may well be argued, I think, that the monetary schemegives a firm

foundation on which the others can be built. It is very difficult while you have monetary chaos to have order of any kind in other directions.«¹⁸

*VI. Die neue Fiktion: Ecklösungen*¹⁹

Aus der Asienkrise ist die Ökonomie als Wissenschaft nicht mit der Erkenntnis herausgegangen, daß die dort praktizierten Systeme angesichts der Inflationsunterschiede zu fest mit dem Wechselkurs angebunden waren, sondern mit einer ganz anderen eigentümlichen Schlußfolgerung. Diese wiederum ist typisch für die Finalität des gesamten Wissenschaftsbetriebes. Weil die meisten der Länder, die in Asien in eine Krise gerieten, sogenannte soft pegs, also feste, aber anpassungsfähige Wechselkurse aufwiesen, schloß man, daß diese Systeme eine Einladung zur Spekulation und daher aus dem Kreis der zu praktizierenden Möglichkeiten auszuschließen seien. Die These, dargeboten etwa vom damaligen US Finanzminister Larry Summers²⁰, läuft nämlich darauf hinaus, zu behaupten, daß nur solche Währungssysteme krisensicher sind, die sich in den »Ecken« des möglichen Kontinuums zwischen absolut festen Wechselkursen (hard pegs) und frei schwankenden Kursen (floating) befinden. Argentinien mit seinem »currency board« (einer absolut festen Anbindung an den US-Dollar, bei der die Liquidität im Land vom Zufluß aus dem Ausland abhängt) hat z. B. eine solche Ecke gewählt, während etwa Ungarn mit einem »crawling peg« (einer Abwertung seiner Währung in vorgegebenen Schritten zum Ausgleich der Inflationsdifferenz gegenüber der D-Mark) genau in der Mitte zwischen den beiden Extremen liegt. Erhebliche politische Brisanz erhielten die »corner solutions« dadurch, daß die Meltzer-Kommission, die im Auftrag des amerikanischen Kongresses Vorschläge für eine Reform der internationalen Finanzinstitutionen machte, die Theorie übernommen und der IWF sie mit dem Einverständnis der Mehrzahl der G-7 einschließlich Deutschlands quasi zur offiziellen Politikdoktrin erhoben hat. Nur Frankreich und Japan haben sich jüngst davon distanziert.²¹

Die Hinwendung der amerikanisch dominierten Ökonomie zu den Ecklösungen kam unerwartet. Man muß sich nur vor Augen führen, daß die große Mehrzahl der amerikanischen Ökonomen kurz vor der Asienkrise die Europäische Währungsunion, also eine Ecklösung, in Bausch und Bogen verdammt haben. Die Länder Europas, so der allgemeine Tenor, seien nach dem Verzicht auf das Wechselkursinstrument nicht mehr in der Lage, auf

¹⁸ Keynes (1980), S. 5

¹⁹ Dieser Abschnitt erschien zuerst in Flassbeck (2001) in einer kürzeren Version.

²⁰ Vgl. Summers (2000), Fischer (2001) oder Mussa (2000)

²¹ Vgl. France/Japan (2001)

Schocks flexibel zu reagieren. Aber auch in Europa sind fast alle Experten davon überzeugt, daß die Aufnahme in eine Währungsunion an strenge Kriterien zu knüpfen ist, die in der Regel nur mit großen Mühen und über lange Fristen erfüllt werden können. Wie kann es dann sein, daß den Entwicklungs- und Schwellenländern pauschal empfohlen wird, ihre Wechselkurse kurzfristig absolut fest an westliche Währungen zu binden oder gar den Weg in die vollständige Dollarisierung (die Übernahme des US-Dollar als nationale Währung) zu wählen?

Die Argumentation der Verteidiger der Ecklösungen stützt sich vor allem auf die negativen Erfahrungen in Südamerika und Asien mit sog. *soft pegs*, also mittleren Varianten, bei denen die Währung des Schwellenlandes zwar an eine Leitwährung angebunden ist, aber beim Auftreten von Krisen abgewertet werden kann. Auch Europa hatte einen *soft peg* vor Beginn der Währungsunion mit der D-Mark als Leitwährung. Solche festen, aber prinzipiell anpassungsfähigen Wechselkurse sind anfällig gegen spekulative Attacken, weil Regierungen und Notenbanken, die einen festen Wechselkurs lange verteidigt und damit beispielsweise erfolgreich die Inflation im eigenen Land bekämpft haben, dazu neigen, den Wechselkurs auch dann noch zu verteidigen, wenn es nicht mehr gerechtfertigt ist. Gerade solche Länder, die den Wechselkurs als »monetären Anker« nutzen, also mit Hilfe einer Hartwährungspolitik die Inflation in die Knie zwingen wollen, fürchten nichts mehr als eine Abwertung, weil diese den Inflationsbazillus erneut ins Land tragen könnte. Da aber die erfolgreiche Inflationsbekämpfung regelmäßig einhergegangen ist mit einer realen Aufwertung der Währung des ankernden Landes, also einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich, ist eine Abwertung zum Ausgleich dessen am Ende unausweichlich. Hält das Land zu lange an dem einmal fixierten Wechselkurs fest, ist das eine Einladung an die Märkte, gegen die Währung zu spekulieren. In Europa ist dieser Fall zuletzt in der großen Krise von 1992 aufgetreten; Italien und Großbritannien mußten schließlich trotz massiven Widerstandes abwerten. Brasilien, Mexiko und Rußland fallen in den 90er Jahren ebenfalls in diese Kategorie.

Die Logik der Abwertung und die Problematik von Ecklösungen lassen sich leicht an einem einfachen Beispiel zeigen. Nehmen wir an, die osteuropäischen Beitrittskandidaten zur EU wollen Schritt für Schritt in den Jahren bis zum Beitritt ihre Inflationsrate von jetzt etwa 10 % auf den von der Europäischen Notenbank noch tolerierten Wert von 2 % reduzieren. Beginnen die Länder heute mit einer festen, aber prinzipiell anpassungsfähigen Anbindung gegenüber dem Euro und gelingt es ihnen, die Inflationsrate in jedem Jahr um 2 Prozentpunkte zu verringern, werden sie zwar in vier Jahren ihr Inflationsziel erreicht haben und von daher reif für die Aufnahme in

die EWU sein. Ihre Währung hat sich aber bei festem nominalem Wechselkurs um etwa 20 % real aufgewertet, nämlich um die kumulierten Differenzen der Inflationsraten gegenüber den europäischen Ländern (8+6+4+2), wenn letztere 2 % Inflation in allen Jahren realisieren können. Die Beitrittskandidaten müßten also vor dem Beitritt um 20 % real abwerten, um nicht für alle Zeit gegenüber den alten Mitgliedern im Nachteil zu sein. Eine reale Abwertung in diesem Ausmaß zu bewerkstelligen, ist in keinem Währungssystem einfach.

Die Ecklösungen erschweren jedoch die Anpassung enorm. Fixierten die Länder ihren Wechselkurs schon heute unwiderruflich, müßten sie in der Lage sein, auch die Inflationsrate quasi über Nacht zu senken, was nicht zu erwarten ist. Sinkt die Inflation wie im obigen Beispiel nur allmählich, müßten die Länder zur Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit schließlich durch eine deflationäre Phase mit absoluten Lohnsenkungen gehen, was ökonomisch äußerst problematisch, aber auch politisch kaum durchzusetzen ist, wie man aktuell am Beispiel Argentinien, aber auch in Ostdeutschland seit der Vereinigung gut ablesen kann. Bei prinzipiell anpassungsfähigen Wechselkursen könnte dagegen die notwendige Bereinigung der Wettbewerbsposition mithilfe einer einmaligen nominalen Abwertung mit Unterstützung der Ankerwährung, also des Europäischen Währungssystems in diesem Fall, vermutlich ohne größere Friktionen durchgesetzt werden.

Flexible Wechselkurse helfen den Beitrittsländern überhaupt nicht, weil sie nach aller Erfahrung destabilisierend wirken dürften. In der Anpassungsphase, also von 2001 bis 2005, bieten die Beitrittskandidaten nämlich – bei unübersehbaren Erfolgen an der Inflationsfront – äußerst attraktive Zinsbedingungen für internationale Anleger. Weil ihre Inflationsraten noch höher als im Westen sind, werden auch die Nominalzinsen deutlich über denen in Westeuropa liegen. Solange die internationalen Anleger die Abwertungsgefahr nicht in ihr Kalkül aufnehmen, fließt Kapital in diese Länder und führt in der Regel sogar zu einer nominalen Aufwertung – und damit einer noch stärkeren realen Aufwertung – von Währungen, die eigentlich eine reale Abwertung brauchen. Da das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht, der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, unter diesen Umständen noch größer ist als im Festkursfall, muß die unumgängliche Abwertung am Ende auch stärker ausfallen und auch die Inflation wieder stärker anheizen. Beispiele dafür gibt es in den osteuropäischen Ländern, wie derzeit in Polen, aber auch in Asien, obgleich die »Angst vor dem floating«, wie es jüngst genannt wurde, nur wenige Länder wirklich zu flexiblen marktbestimmten Kursen hat greifen lassen.

Die Ecklösungsthese stellt vor allem auf die Stabilität der Finanzbeziehungen zwischen Schuldner und Gläubiger ab und ignoriert die große Be-

deutung von fundamentalen Ungleichgewichten wie dem Verlust von Wettbewerbsfähigkeit für das Entstehen der Verschuldung. Konkret: Auf die Frage, wie man in Entwicklungs- und Schwellenländern den Einfluß spekulativer Kapitalströme minimiert, mag die Ecklösung absolut fester Wechselkurse oder gar der Verzicht auf eine eigene Währung eine angemessene Antwort geben. Die andere »Ecke« flexibler Kurse mag helfen, die »Einladungen« an Spekulanten im Sinne sicherer Wetten in Krisensituationen in Grenzen zu halten. Auf die wichtigere Frage aber, wie diese Länder bei offenen Grenzen für Güter und Kapital ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten, Jobs und Wachstum schaffen sowie Konvergenz bei der internen Geldentwertung gegenüber den Industrieländern erreichen sollen, geben die corner solutions überhaupt keine Antwort. Im Gegenteil, da die Empfehlung, eine Ecke zu wählen, nicht mit Rücksicht auf die geographische Lage des Landes und das Währungssystem der Nachbarn gegeben wird, entstehen durch das Nebeneinander beider Systeme Widersprüche und Konflikte, die Handel und Entwicklung in erheblichem Maße beeinträchtigen. So leidet Argentinien seit zwei Jahren in Form einer tiefen Rezession unter der realen Abwertung des brasilianischen Real, ohne sich aus der Krise befreien zu können, weil sich der Weg in die Deflation, der notwendig schien, um die Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen, als Sackgasse erwiesen hat.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Motive für die Präferenz der Ecklösungen bei den großen Ländern weniger in einem wirtschaftlichen als in einem politischen Kalkül liegen. Beide Varianten bieten nämlich scheinbar eine nationale, eine unilaterale Lösung für ein internationales, ein multilaterales Problem. Bei beiden Ecken kann das betroffene Entwicklungs- oder Schwellenland der Theorie nach seine Grenzen vollständig für Kapital jeder Fristigkeit öffnen, ohne daß es der Mithilfe anderer wie der großen Reservewährungen bedürfte: Wählt man floating, bestimmt der Markt den Wechselkurs und die Handelspartner müssen hinnehmen, welche Ergebnisse der Markt erbringt, genau wie sie die übrigen Marktpreise akzeptieren müssen. Wählt man einen hard peg wie einen currency board oder Dollarisierung, muß man sich national anpassen, also flexible Preise und Löhne haben, ohne daß ein anderer daran Anstoß nehmen könnte.

Doch so einfach ist die Welt leider nicht. Der Wechselkurs einer Währung ist kein unilaterales, sondern ein multilaterales Phänomen. Sinkt irgendwo auf der Welt der reale Wert einer Währung und hilft einem Land, seine Exporte zu steigern und seine Importabhängigkeit zu verringern, geschieht logischerweise woanders genau das Gegenteil, ob das in die wirtschaftspolitische Strategie des davon betroffenen Landes paßt oder nicht. Gehen Wechselkursänderungen weit über die Inflationsdifferenzen zwischen Ländern hinaus, wird der Handel zwischen ihnen massiv beeinträchtigt, gute

Unternehmen im aufwertenden Land müssen aufgeben, schlechte im abwertenden überleben, das Realeinkommen sinkt weltweit. Schließlich können Länder, wie wiederum das Beispiel Argentiniens zeigt, objektiv überfordert sein mit ihrer Anpassung an außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, wenn die Nachbarn immer wieder auf das Mittel der Abwertung zurückgreifen oder die Märkte Kapital nur noch zu prohibitiv hohen Zinsen zur Verfügung stellen.

Wer Länder in die Ecke absolut fester oder absolut flexibler Kurse drängt, will mit diesen unilateralen Varianten vielleicht nur ablenken von der Verantwortung, die er bei jedem anderen multilateral organisierten System übernehmen müßte. Bei allen vernünftigen Mittel- und Verbindungswegen wie einem crawling peg oder einem Ankersystem mit multilateraler Überwachung nach Vorbild des EWS müssen nämlich auch die Reservewährungsländer eine gewisse Verantwortung für die Funktionsweise des gesamten Systems übernehmen und damit explizit zugestehen, daß es für niemanden geldpolitische Autonomie in einer offenen Weltwirtschaft geben kann. Europa hat in den vergangenen 30 Jahren trotz vereinzelter Krisen gezeigt, daß das funktionieren und zu einem guten Ende führen kann. Zwar muß die Währungsunion ihre Handlungsfähigkeit noch erweisen, aber die Vollendung des Binnenmarktes durch die Abschaffung der Wechselkurse ist schon ein großer Schritt. Solange die überlegene globale Lösung für das Währungssystem außer Reichweite ist, wäre schon viel gewonnen, wenn es auch in anderen Teilen der Welt zur Kooperation von Ländergruppen mit dem Ziel käme, einheitliche Währungsverhältnisse zu schaffen. Nur wenn das gelingt und die dann entstehenden großen Währungsblocks auch untereinander ihre Wechselkurse stabilisieren, können die globalisierten Märkte die Vorteile bringen, die man uns versprochen hat.

VII. Schlußfolgerungen

Insgesamt gesehen leidet die Weltwirtschaft an einer Inkonsistenz der Politik. Zwar haben die Politiker den Menschen in den vergangenen 10 Jahren vor allem gepredigt, daß sie sich an die Zwänge der Globalisierung anpassen und viele liebgewordene Gewohnheiten aufgeben müssen. Das Problem ist nur, daß die Politik selbst keinerlei Fortschritte bei ihrer eigenen Anpassung an die Globalisierung gemacht hat. Weder ist ein globaler Ordnungsrahmen entstanden, der in auch nur annähernder Weise wie in den Nationalstaaten die wirtschaftlichen Beziehungen regelt, noch gibt es eine globale Verantwortung für die globale wirtschaftliche Entwicklung. Selbst die Ansätze zu einer stärkeren Kooperation, wie sie einst in dem G-7 Prozeß zum

Ausdruck kamen, sind weitgehend verloren gegangen, weil in diesen Gremien nicht einmal mehr der Versuch einer echten Koordinierung unternommen wird.

Die gesamte wirtschaftspolitische Ideologie ist national und versucht, mit allen Mitteln ihre nationale Unabhängigkeit zu wahren. Insbesondere die von der Politik unabhängigen Notenbanken bemühen sich mit allen Mitteln, ihre Unabhängigkeit auch von internationalen Entwicklungen durchzusetzen. Es wäre aus der Sicht dieser Institutionen auch abwegig, würden sie ihre gerade gewonnene politische Autonomie nun für eine globale Abhängigkeit – und sei es nur eine Abhängigkeit von anderen autonomen Notenbanken – opfern. Nur, dieses Argument ist ohne jeden Belang, wenn es das Instrument, das die Unabhängigkeit verschaffen soll, gar nicht gibt. Eine de facto abhängige Institution, die sich verhält, als wäre sie unabhängig, kann aber nur Schaden anrichten. Die Notenbanken sind in die G-7 Verhandlungen und die Diskussion in anderen internationalen Foren wie dem IWF – zu einem erheblichen Teil sogar gleichberechtigt – einbezogen, aus ihrem Selbstverständnis (und teilweise aus ihrer Verfassung) heraus können sie aber niemals Zugeständnisse an die Erfordernisse globaler Zusammenarbeit machen, weil das ja die Unabhängigkeit von der Politik im weitesten Sinne in Frage stellen würde.

So harrt die Weltwirtschaft einer konsistenten Lösung für die Globalisierung auf der Ebene der Politik, Geldpolitik eingeschlossen. Fahren die Politiker fort, die Menschen mit der Globalisierung zu drangsalieren, ohne selbst auch nur erste Schritte hin zu einer globalen Ordnung zu machen, werden die Menschen die Anpassungszwänge – vermeintliche und tatsächliche – nicht mehr zu tragen bereit sein und auf eine Entglobalisierung drängen. Nationale und nationalistische Strömungen werden die Gewinner sein, wenn die Politik global versagt, weil sie der längst entlarvten Fiktion einer nationalen politischen Autonomie in den Zeiten der Globalisierung nachläuft.

Literatur

- Brunner (1970): Eine Neuformulierung der Quantitätstheorie des Geldes, in: Kredit und Kapital
- Duisenberg (2001): ECB Press Conference, 11.4.2001, Introductory Statement
- Fischer S. (2001): Exchange Rate Regimes: Is the Bipolar View Correct?, Speech delivered at the Meetings of the American Economic Association New Orleans, January 6, 2001
- Flassbeck/Spiecker (2002): Lohnstruktur und Beschäftigung, Manuskript

- Flassbeck/Spiecker (2001): Löhne und Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich – Eine Studie für die Hans-Böckler-Stiftung und den Bundesvorstand des DGB (mit Friederike Spiecker), erschien am 4. 10. 2000 in einer Kurzfassung unter dem Titel »Das Geheimnis der Vollbeschäftigung« im Handelsblatt und in einer leicht gekürzten Fassung unter dem Titel »Reallöhne und Arbeitslosigkeit: Es gibt keine Wahl« in den WSI-Mitteilungen 11/2000.
- Flassbeck (2002): Ecklösungen sind Scheinlösungen. in: Handelsblatt vom 24. 4. 2000
- Flassbeck (1982): Was ist Angebotspolitik? Konjunkturpolitik 28. Jg. Heft 2/3 1982, Duncker & Humblot, Berlin.
- Flassbeck H. (1988): Preise, Zins und Wechselkurs – Zur Theorie der offenen Volkswirtschaft bei flexiblen Wechselkursen, Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen des Walter Eucken Instituts (23), J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1988.
- France/Japan (2001): Exchange Rate Regimes for Emerging Economies (<http://www.mof.go.jp>)
- Friedman M. (1962): The Case for Flexible Exchange rates, in: M. Friedman: Essays in Positive Economics, American Enterprise Institute for Public Policy Research, Washington D. C.
- Hayek F. A. (1937): Monetary Nationalism and International Stability, in: Reprints of Economic Classics, A. M. Kelley, New York 1971
- Holtfrerich/Maier-Rigaud (1998): Die monetäre Bremse an der europäischen Jobmaschine, Handelsblatt vom 4.6.1998
- Johnson H. G. (1972): The Case for Flexible Exchange Rates, in: H. G. Johnson: Further Essays in Monetary Economics, London, p. 198-228
- Kaldor (1960): Speculation and Economic Stability, in: N. Kaldor: Essays on Economic Stability and Growth, London 1960
- Keynes (1935): The Future of the Foreign Exchanges, Lloyds Bank Review
- Keynes (1973): The General Theory of Employment, Interest and Money, in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. VII, London und Basingstoke
- Keynes (1980): Activities 1941-1946, in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. XXVI, London und Basingstoke
- League of Nations (1944): International Currency Experience, Geneva
- Maier-Rigaud (1985): Durch statisches Denken zur stationären Wirtschaft, Konjunkturpolitik, Heft 1-2
- Meltzer Commission (2000): Report of the International Financial Institutions Commission, March 2000
- Mussa M. et. al. (2000): Exchange Rate Regimes in an Increasingly Integrated World Economy, Occasional Paper 193, IMF 2000

- Schumpeter J. A. (1964): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Leipzig (Duncker&Humblot)
- Sohmen E. (1967): Fiscal and Monetary Policies under Alternative Exchange-Rate Systems, The Quarterly Journal of Economics, Vol. 81, p. 515-523
- Summers L. H. (2000): International Financial Crises: Causes, Prevention and Cures, American Economic Review, Papers and Proceedings, May 2000, p. 1-17
- Welteke (2001): zitiert nach Handelsblatt vom 9. 5. 2001
- Wicksell K. (1958): The Riddle of Foreign Exchanges, in: K. Wicksell: Selected Papers on Economic Theory, ed. By E. Lindahl, Cambridge (Mass.), p. 229-249

Der Bürger und sein Staat

Gedanken zur „Besteuerung“

Gerhardus Lang

Der Beitrag von *Benedictus Hardorp* über »Steuerrecht und Gesellschaftsordnung« in Heft 256 »Fragen der Freiheit« ist beachtenswert, da er menschenkundliche Gesichtspunkte berücksichtigt. Gerade auf dem Gebiet des Steuerrechts wissen die Mächtigen genau, wie sie vorgehen müssen, denn die Kuh, die man melkt, soll vom Gemolken-Werden möglichst nichts merken, es soll diskret zugehen (Grundsatz der Unmerklichkeit der Besteuerung). Es ist dieses das Prinzip der Spitzbuben, dass die Leute, die bestohlen werden, es nicht immer gleich *merken*, damit nämlich der Dieb möglichst unerkant bleibt. Man hat es dem Gott der Diebe – *Merkur* – abgelauscht: man soll möglichst überhaupt nichts merken. Das haben auch die Kaufleute und *last not least* die Ärzte (deren Gott auch Merkur ist!) an sich, unmerklich das wegzuschaffen, was zu viel ist, dorthin, wo es fehlt, wobei sich die drei Berufe im real existierenden Leben gelegentlich schlecht voneinander unterscheiden lassen, weil sie manchmal im Einzelnen als *Gemengelage* auftreten.

Inwieweit nun Politiker – insbesondere Steuerpolitiker – einer der drei genannten Kategorien angehören, ist so leicht nicht auszumachen. Sie müssen auch einerseits wegnehmen, damit sie woanders hinzufügen können. Sie können dabei ärztlich handeln, wenn sie beabsichtigen, den kranken Zustand in einen gesunden zu verwandeln und wenn die ergriffenen Maßnahmen auch zu diesem hehren Ziel führen. Vorgeben tun es die Politiker meist lauthals, dass genau dieses und nichts anderes ihre Absicht sei. Rechnet man es dann allerdings vor – oder auch nach –, so landet zum Schluss das Weggenommene häufig dort, wo sowieso schon zu viel ist, und wird genau denen letztlich weggenommen, denen es gut getan hätte. Dabei sind die Wege der zu verteilenden Beute oft so verschlungen, dass die Spuren in die Irre führen, was auch der Gott *Merkur* bald nach seiner Geburt meisterlich beherrschte, indem er die seinem Bruder *Apollo* gestohlenen Rinder rückwärts in sein Versteck führte, damit es so aussähe, als wären sie in entgegengesetzter Richtung gelaufen.

Ja, die Frage ist berechtigt: lässt sich das *Ruder* »herumwerfen«, oder auch: lässt sich das oder die *Steuer* herumwerfen? Wenn die See stürmisch ist, ist das nicht so einfach, und manch ein Schiff ist gekentert, weil das Steuer zu schnell oder auch zu spät herumgeworfen wurde. Deshalb ist es sicher gut, wenn nicht zu schnell herumgeworfen wird, wobei dann vor allem der neue Kurs stimmen muss. Und da hat *Hardorp* durchaus recht: es wird

zwar dauernd der Kurs gewechselt, aber wo es letztlich hingehen soll, welches Ziel erreicht werden muss, darüber macht sich kaum einer Gedanken. Hauptsache das Schiff fährt mal wieder in einer anderen Richtung, egal wohin die Passagiere eigentlich wollen.

Im Mittelpunkt aller steuerrechtlichen Überlegungen steht heute der Mensch nur im Hinblick auf den Widerstand, den er der »legalen« Entgegnung entgegenbringen wird, aber nicht, wozu das Ganze eigentlich dienen soll. Die zentrale Frage: »Was ist der Mensch?« wird ausgeklammert. Die einzige Antwort darauf lautet heute: Der Mensch ist ein (böser) Egoist, und deshalb muss man ihn zum Wohltun führen, z. B. durch Erheben von Steuern für das Gemeinwohl, da dieses nicht egoistisch sondern altruistisch (gut) sei. So wird der Mensch auch gegen seinen Willen anscheinend von einem bösen zu einem (jedenfalls teilweise) guten Menschen gemacht, was vom Gesichtswinkel der Ewigkeit her ihm wiederum nützt (jedenfalls im höheren Sinn). Wozu sich also noch Gedanken machen!

Beim Studium von Hardorps Artikel fällt zu Beginn gleich eine Schwachstelle auf, die unserem »Gemeinwesen« in Form der Bundesrepublik Deutschland (im DDR-Jargon BRD genannt, eine entwürdigende Abkürzung, die inzwischen auch in dieser Zeitschrift hoffähig geworden ist). Diese Bundesrepublik ist von ihrem Herkommen dadurch stark belastet, dass es bei den Bürgern und den über die Parteien gefilterten »gewählten« Abgeordneten immer noch und fast nur darum geht, dass hier die einen Macht ausüben (es geht bei den sog. Wahlen immer nur um den Macht-Wechsel oder -Erhalt), und dass an den anderen Macht ausgeübt wird. Eine andere Vorstellung kann niemand bilden. Es wird das Gemeinwesen gar nicht so verstanden, dass die Bürger »die Beauftragten des öffentlichen Finanzwesens sind«, wie Hardorp meint, »die ja selber die öffentlichen Aufgaben zugelassen oder gewollt haben«. Man überlässt dieses »Zulassen« noch immer und weitgehend der Willkür der unerschütterlichen, seit dem Ägypterreich nicht geänderten Bürokratie und den ihr zeitweilig und – mehr oder weniger langweilig – vorübergehend vorstehenden Abgeordneten und Ministern. Minister sind eigentlich wörtlich genommen Diener. Aber man hat es ja zum Prinzip erhoben, die Dinge beim entgegengesetzten Namen zu nennen. Das hat man vom Wolf bei den sieben Geißlein gelernt, der von sich schamlos behauptet, die *liebe Mutter* zu sein (wie z.B. die Allgemeine-Orts-Krankenkasse jetzt *Gesundheitskasse* heißt). Diese Minister-Diener üben also Macht aus, anstatt dem Volk, von dem ja laut Grundgesetz alle Macht ausgeht, zu dienen. Sie werden dabei höchstens ein wenig kontrolliert und bemäkelt von der sog. »öffentlichen Meinung«, deren Lenkbarkeit sprichwörtlich ist, und werden in ihrer Machtausübung nur mühevoll begrenzt durch das Grundgesetz und durch das dasselbe oft selbst nicht verstehende

Bundesverfassungsgericht (s. Aufsatz von Werner *Böhmer* in »Fragen der Freiheit« Heft 256).

Solange sich da nichts ändert, wird die von *Hardorp* vorgeschlagene Umstellung der *Besteuerung der Einkommen* auf *Besteuerung der Ausgaben* wenig daran ändern, dass die Bürger den Staat nicht als den ihren betrachten, sondern als den »DER DA OBEN«. Wenn die Bürger das werden würden, was *Hardorp* als »Beauftragter« bezeichnet, dann wäre es sicher anders. Das würde nämlich bedeuten, dass die zu wählenden Abgeordneten »beauftragt« werden, d. h. mit einem bestimmten Auftrag begabt werden (auch gebundenes Mandat genannt, von heutigen Demokratie-Theoretikern und auch Politikern gefürchtet und verdammt wie der Teufel selbst), eine Praxis, die jeder Rechtsanwalt oder sonstige »Dienstleister« ohne Probleme akzeptiert. Solche Mandate sind genau zu präzisieren, um Mandatsüberschreitungen auch verhindern oder ggf. ahnden zu können. Das heutige ungebundene Mandat, bei dem die Bürger alle paar Jahre wieder ihre Stimme erneut abgeben dürfen, führt zu einer Verwilderung der politischen Sitten und reziprok zur vielbeklagten, aber eigentlich nicht verwunderlichen Politikverdrossenheit der Bürger. Diese haben nach der Stimmabgabe nämlich wirklich keine politische Stimme mehr, sie wird ihnen lediglich gnädigst jeweils zur Wahlzeit von der politischen Klasse in Form eines Stimm-Zettels (!) für einen kurzen Moment zur Verfügung gestellt, um dann wieder in der »Stimmritze« der Wahlurne zu verschwinden.

Wenn also in hoffentlich nicht allzuferner Zukunft die Bürger wirkliche »Beauftragter« der Mandatsträger werden, würde das bedeuten, dass die Bürger, und zwar jeder Mann und jede Frau persönlich, die volle Verantwortung für das Gemeinwesen hätten und diese auch nie los würden. Ein jeglicher wäre sich auch dessen bewusst und würde nicht mehr bei dem heutigen Spielchen mitmachen, dass letztlich niemand mehr die Verantwortung trägt (wie im »real existiert habenden Sozialismus«, von dem *Bahro* einst sagte, dass er »die organisierte Verantwortungslosigkeit« darstellte, was fast ohne Abstriche auch für unsere *freiheitlich demokratische Grundordnung* (»fdGO«) zutrifft).

Solange die Bürger die volle Verantwortung durch Delegation von sich abwälzen können, ist wenig für die von *Hardorp* beschworene Bewusstseinsbildung der Menschen erreicht. Ich stimme *Hardorp* und seinem Lehrer *Rudolf Steiner* aus vollem Herzen zu, dass der Sinn der Menschenentwicklung gerade in der verantwortlichen Gestaltung ihres Lebens mit den und durch die (anderen) Menschen liegt (s. auch *Suhr*, *Dieter*, Die Entfaltung der Menschen durch die Menschen, Besprechung vom Verf. in »Fragen der Freiheit« Heft 156/1982). Das Ziel politischer Aktivität kann deshalb nur sein, die Einrichtungen des sozialen Zusammenlebens (auch sozialer

Organismus genannt) so zu gestalten, dass die Menschen sich der Verantwortung nicht mehr entziehen können. Sie müssen »merken«, dass, wenn sie die Verantwortung nicht übernehmen, sie die Folgen ihrer Verantwortungslosigkeit als durch sie selbst verursacht treffen. Nur dann lernen sie daraus.

Die Bürger müssen wissen, dass die gemeinsam zu erledigenden Aufgaben

1. jedem gleichermaßen dienen, also auch ihnen selbst und
2. deshalb von allen gleichermaßen – und zwar so direkt wie möglich – getragen werden müssen.

Es sollten die zunächst liegenden Aufgaben immer von den Bürgern selbst erledigt werden (»Jeder kehre nur vor seiner eigenen Tür, dann wird die Stadt schon sauber«(Goethe)). Nur die übergreifenden Angelegenheiten, die viele betreffen, können Mandatsträgern in Auftrag gegeben werden. Um die notwendigen finanziellen Mittel aufzubringen, sind Teile des für Ausgaben zur Verfügung stehenden Verdienstes gemäß Übereinkunft abzugeben. Ob man das nun als Steuer auf Ausgaben oder als gleichmäßige Kopfsteuer praktiziert, ist nicht so wesentlich, wichtig ist nur, dass der Bürger die Höhe seiner Abgaben genau kennt und sie auch selber will. Es geht keinesfalls an, dass eine Schicht von »Wohlwollenden« und »das Gute Wissenden« über solche Ausgaben beschließt. Es kommt ganz darauf an, dass ein jeglicher dieses auch durch seinen bewussten Willen mitträgt. Alles dieses ist heute Utopie, so wie das Ziel eines Schiffes eine Utopie ist und bleibt, solange es dort nicht ankommt. Aber als Ziel – wenn auch noch ferne liegend – ist es anzupfeilen.

Je gleichmäßiger solche »Teile« des für die gemeinschaftlichen Einrichtungen zu Entrichtenden ausfallen, umso weniger können Herrschende die Bürger in unterschiedliche Steuerklassen usw. einteilen gemäß dem alten Grundsatz: »Teile und herrsche!« Auch würden dann alle Bürger ein gleiches Interesse daran haben, die Gemeinschaftseinrichtungen so preisgünstig wie möglich zu bekommen, wie sie das auch für ihren persönlichen Bereich halten.

Dass Teile unseres Verdienstes für gemeinschaftliche Aufgaben weggegeben werden müssen, leuchtet jedem vernünftigen Menschen ein. Aber die gemeinschaftlichen Aufgaben müssen von den Bürgern selbst gewollt werden. Je genauer und beschränkter sie definiert werden (z. B. eine Schule, ein Schwimmbad, eine Straßenbeleuchtung), um so eher wird man sich einig werden. Um einen Krieg zu führen, wozu man Waffen kaufen muss, um zum Mond zu fliegen u. ä. werden diejenigen, die so etwas vorhaben, einiges an

Mühe aufwenden müssen, um die finanzielle Mithilfe anderer zu bekommen. Deshalb dürfen Delegierte nicht – wie heute – das uneingeschränkte Mandat haben, womit sie dann Dinge verwirklichen, die meist mehr ihrem Ruhm, ihrer Eitelkeit und dem Nutzen derer, die sie durch »Spenden« finanziert haben, dienen, statt dem Wohl aller.

Einen weiteren Gesichtspunkt gilt es zu beachten: Zuerst denkt der Mensch: wenn die ganze Welt mir allein gehört, dann habe ich die größte Freiheit. Aber er wird bald die Erfahrungen des bekannten *Robinson* machen, dass der unfreieste Mensch derjenige ist, der allein ist. Deshalb nannte er auch seinen ersten Genossen *Freitag*, der ihn nämlich von der seelischen Knechtschaft durch die Menschenfresser befreite. Diese *Menschenfresser* lauern auch noch heute überall. Zwar sind ihre Methoden *unmerklicher* und zivilisierter, und sie lassen diejenigen wenigstens am Leben, die sie da verzehren und mißbrauchen, ähnlich jenen Insekten, die ihre Maden im Körper eines halblebendigen und halbbetäubten anderen Tieres unterbringen und groß werden lassen, um es dann nach Verbrauch verenden zu lassen. So ähnlich hält man es ja heute mit der Effektiv-Zinsen zahlenden 80 %-Mehrheit der Bevölkerung. Den zivilisierten *Menschenfressern* kann man nur mit der Macht der menschlichen Gemeinschaft entgegentreten, die sich im Prinzip der Gegenseitigkeit oder Brüderlichkeit die Ergebnisse ihrer Gemeinschaftsleistungen »brüderlich« teilt (was am freien Markt geschieht, wenn er denn wirklich frei ist!).

Zu optimalen Ergebnissen kann die Gemeinschaft nur dann kommen, wenn der Initiative der Einzelnen nichts entgegengestellt wird (was in der Forderung nach Freiheit des Geisteslebens seinen Ausdruck findet, die für jede Tätigkeit des Menschen – in welchem Tätigkeitsbereich auch immer – gilt). Diese Ergebnisse der Gemeinschaftsleistungen werden letztlich so beurteilt werden, dass im voll entwickelten Zustande des Gemeinwesens, das man auch als soziales Kunstwerk bezeichnen dürfte (von *Schiller* als der »ästhetische Staat« bezeichnet, an dem der »politische Künstler« arbeitet), den Menschen langsam dämmern würde, dass jeder seinen Beitrag gemäß seiner eigenen Natur hingibt und insofern von einem übergeordneten Standpunkt (dem der Gerechtigkeit nämlich) letztlich alle Menschen gleich sind. So treten wir zuletzt auch alle im Büsserhemd (ohne Taschen) vor Gott und können nur das mitnehmen, was unserem Geist eigentümlich geworden ist. Darum »trachtet am Ersten nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit, so wird euch solches (irdisch notwendige) alles zufallen«.

ZVS abschaffen – aber wie?

Eckard Behrens

Bei hochschulpolitischen Veranstaltungen wird von Politikern regelmäßig unter großem Beifall die Abschaffung der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) gefordert. Selten wurden so schöne Luftschlösser geplant, die seit Jahren nicht auf den Boden kommen. Es ist noch gar nicht lange her, da haben alle Länderparlamente wieder einmal eine Neufassung des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen ratifiziert und damit das Leben der ungeliebten ZVS verlängert. Das geht doch nur mit Allpartei-
enkonsens! Und einen öffentlichen Protest gab es auch nicht.

Wer das ändern will, muß bedenken, daß die Öffentlichkeit zwar die ZVS nicht liebt, aber den Hochschulen nicht traut. Man kann daher nicht hergehen und die wenigstens berechenbare ZVS abschaffen, um an ihre Stelle die unberechenbare Freiheit jeder einzelnen Hochschule zu setzen, ohne vorher eine vertrauensbildende Maßnahme erfolgreich durchgeführt zu haben. Die staatlichen Hochschulen genießen nicht das Vertrauen wie die privaten, daß sie Studenten in so großer Zahl aufnehmen, wie mit guter Ausbildungsqualität noch vereinbar ist. Sie stehen im Verdacht, möglichst wenige Studenten aufnehmen zu wollen, um sich der Forschung ungestört widmen zu können. Sie werden heute durch Kapazitätsberechnungen, Ministerien und Verwaltungsgerichte geradezu gezwungen, Studenten aufzunehmen.

Wer die Interessenlage der Hochschulen ändern will, muß ihnen das für die Lehre bestimmte Geld wegnehmen und es den Studenten in die Hand geben, damit sie kostendeckende Studiengebühren bezahlen können. Das Fundament dieser finanzpolitischen Reform ist in Gestalt der Globalhaushalte ohnehin schon in vielen Bundesländern auf den Weg gebracht. Jetzt geht es um die Ausgestaltung von deren Einnahmenseite. Sobald der Wechsel von der Objektförderung zur Subjektförderung durchgeführt sein wird, der auch in die Form von Studienkonten oder Bildungsschecks (Bildungsgutscheinen) gekleidet werden kann, werden sich die staatlichen Hochschulen gegenüber den Studenten nicht anders verhalten, als man es von privaten gewohnt ist. Sie werden ihre Leistungen in der Lehre ständig verbessern und damit um die begabteren Studierenden werben. Sie werden ihre Kapazitätsreserven mobilisieren, um von möglichst vielen Studierenden Geld einzunehmen. Das wird das fehlende Vertrauen binnen weniger Jahre schaffen; und dann kann auch das Zulassungswesen entbürokratisiert werden.

Weder das Hochschulrahmengesetz noch der Staatsvertrag hindern ein Bundesland, schon heute seinen Hochschulen die Auswahl für diejenigen

Studiengänge zu übertragen, die nicht bei der ZVS sind. Es müssen dazu Landesgesetze geändert, Landeverordnungen aufgehoben und hochschuleigene Satzungen über die Auswahlkriterien und Auswahlverfahren für jedes Studienfach gemacht werden. Auf inhaltliche Vorgaben für die Auswahlverfahren sollte der Landesgesetzgeber ganz verzichten und darauf vertrauen, daß die Hochschulen rasch lernen werden, immer besser auszuwählen, weil sie die Konsequenzen ihrer Fehlentscheidungen selbst tragen müssen. Wer gute Bewerber ablehnt, muß schlechtere Studenten unterrichten und wird es in Zukunft schwerer haben, gute Bewerber zu gewinnen. Das alte Landesrecht kann für alle Studiengänge fortgelten, für die neue Satzungen nicht gleich zustandekommen. Keine Hochschule muß vom Landesgesetzgeber zu ihrem Glück gezwungen werden; dafür sorgt schon das vorgeschlagene Finanzierungssystem und der dadurch entfachte Wettbewerb um die Studierenden.

Als nächster Schritt könnte dann im Hochschulrahmengesetz geregelt werden, daß jede Hochschule, die es wünscht, mit ihrem Studienplatzangebot ganz oder teilweise bei der ZVS aussteigen darf. Sie muß dann zwar eine hohe Flut von Mehrfachbewerbungen bewältigen, kann dafür aber auch in diesen Studiengängen bessere Studienbewerber an sich binden. Auf diesem Wege könnte die ZVS so lange bestehenbleiben, bis an allen Hochschulen neue fachspezifische Auswahlstrukturen aufgebaut sind. Das wird dauern, weil damit viel Arbeit verbunden sein wird, deren Sinnhaftigkeit vielen in den Hochschulen heute noch nicht einleuchtet.

Buchbesprechungen:

Vollgeld und Grundeinkommen

Anmerkungen zu einem Buch von Joseph Huber

Helmut Creutz

Es ist schon erstaunlich: Da ist seit 1998 ein umfangreiches und inhaltsschweres Geldbuch auf dem Markt, das im Umfeld der Geldreformbewegung – vielleicht auch wegen seiner hohen Kosten – bislang kaum Beachtung gefunden hat. Dabei gibt dieses von Joseph Huber geschriebene Buch mit dem Titel »Vollgeld«¹ für Reforminteressierte gleich doppelten Anlass zu einer Befassung. Einmal weil es sich – wie der Untertitel »Beschäftigung, Grundsicherung und weniger Staatsquote durch eine modernisierte Geldordnung« verspricht – auf detaillierte und erfreulich realitätsnahe Weise mit unserem Geldwesen beschäftigt. Zum zweiten, weil sich Huber in einem separaten 20seitigen Anhang mit den Geldreformvorstellungen der Freiwirtschaftsbewegung auseinandersetzt.

Dieser Anhang mit dem Titel »Kritik des Schwundgeldes nach Silvio Gesell« (der leider nicht dem sonstigen Niveau des Buches entspricht!), bedarf sicherlich einer gründlichen Aufarbeitung und Stellungnahme, die hoffentlich bald geleistet wird. An dieser Stelle soll lediglich auf die wichtigsten Reformvorschläge Hubers eingegangen werden, die in seinem Buch unter den Begriffen »Vollgeld« und »Bezugsrechtfinanzierte Grundeinkommen« behandelt werden.

Trotz meiner z. T. kritischen Anmerkungen zu diesen Vorschlägen und trotz Hubers fragwürdiger Behandlung des Themas Gesell und Freiwirtschaft enthält das Buch die aus meiner Sicht gründlichste Analyse unseres heutigen Geldsystems, die in den letzten Jahrzehnten von einem Wissenschaftler geleistet worden ist. Das vor allem im Hinblick auf seine weitgehend sachgerechten Darlegungen der Geldmengendefinitionen und der Beziehungen zwischen Banken und Notenbanken. Darüber hinaus enthält es höchst interessante und detaillierte Abhandlungen und Reformanregungen zu fast allen anderen gesellschaftspolitischen Bereichen. Auch wenn der Preis des Buches mit fast hundert Mark sicher für viele eine unakzeptable Schwelle bleiben wird, ist es diese Ausgabe wert und allen an Geldfragen eingehender Interessierten zu empfehlen.

¹ Joseph Huber, Vollgeld – Beschäftigung, Grundsicherung und weniger Staatsquote durch eine modernisierte Geldordnung, 450 Seiten, DM 96,-, Dunckler & Humblot, Berlin 1998

Vollgeld

Unter diesem Begriff versteht Huber im wesentlichen die Umwandlung der heutigen bei den Banken geführten Giral- bzw. Buchgeldbestände in offizielles Geld, eine Weiterentwicklung im Geldbereich, die ja auch von mir seit längerem als sinnvoll angesehen wird². Vergleichen kann man diese Übernahme des Giralgeldes durch die Notenbanken mit jener der Banknoten im 19. Jahrhundert.

Bekanntlich hatten Banken und Geldverleiher bereits seit dem Mittelalter für die Hinterlegung von Münzgeld an ihre Kunden Quittungen herausgegeben, die zunehmend selbst Zahlungsmittelfunktionen übernahmen. Schließlich haben die Kreditinstitute für diesen Zweck sogar spezielle »Banknoten« gedruckt, die aus praktischen Gründen die Münzbenutzungen immer mehr zurückgehen ließen, vor allem für Zahlungsabwicklungen bei größeren Beträgen. Da mit der Zunahme dieser Ersatz-Zahlungsmittel die Notenbanken Ende des 19. Jahrhunderts ihre Kontrolle über die Geldmittel gefährdet sahen, haben sie die Ausgabe dieser Banknoten nach und nach selbst übernommen und schließlich den Geschäftsbanken untersagt.

Ähnlich wie einst bei den Banknoten, haben die Banken in den vergangenen Jahrhunderten auch eine andere zahlungstechnische Innovation immer mehr ausgebaut, nämlich die Einrichtung spezieller Konten, mit deren Hilfe die Bankkunden ihre Zahlungsvorgänge unbar abwickeln können. Statt also Bargeld für Zahlungen abzuheben und zum Empfänger zu expedieren, der es dann häufig wieder einzahlen musste, konnte man mit einem entsprechend aufgefüllten Girokonto diese Zahlungen durch Übertragung von Konto zu Konto auf direktem Weg durch die Bank erledigen lassen. Verständlich, dass dieser praktische Zahlungsweg zunehmend genutzt wurde und inzwischen umsatz- und umschlagsmäßig die Barzahlungen fast überall weit überflügelt hat. Mit dieser Nutzungsausweitung ist diesen Bankkonten inzwischen – ähnlich wie vorher bei den Banknoten – immer mehr die Zahlungsmittel-Eigenschaft zugekommen. Deshalb sollen – nach Huber – auch diese Bestände auf den Girokonten in die Verantwortung der Notenbanken übernommen und damit zu vollwertigem Geld – eben Vollgeld – werden!

Mit der Verwirklichung dieses Vorschlags würde nicht nur die Kontrolle der gesamten Zahlungsmittel in die Hände der Notenbanken gelegt, sondern endlich auch eine klare Trennung zwischen Geld und Guthaben geschaffen, die heute bei den Sichtguthaben nicht gegeben ist. Mit einer solchen Über-

² Helmut Creutz, *Das Geldsyndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung*, 5. Taschenbuchauflage, Econ, München 2001, 630 Seiten, DM 19.90, Euro 9.95

nahme durch die Notenbanken würden außerdem die ganzen strittigen Geldmengendefinitionen mit all ihren fragwürdigen Varianten überflüssig. Ebenfalls käme es zu einer klaren Abgrenzung zwischen den Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Geschäfts- und der Notenbanken, womit auch die heutigen Spekulationen und Streitereien über die »Geldschöpfung der Banken« endgültig überwunden werden könnten. Geld ist dann unstrittig nur noch das, was die Notenbank als Münz-, Papier- und Buchgeld in ihrer Obhut hat und den Bürgern zur Verfügung stellt.

Diese eigentlich längst überfällige und auch in meinem Buch geforderte klare Trennung zwischen Geld und Guthaben bzw. Geld und Kredit³, würde also mit vielen Vorteilen verbunden sein. Nicht zuletzt mit einer Stärkung der Position der Notenbanken, die heute, aufgrund der Ausweitung der Sichtguthabenbestände und des Rückgangs der Bargeldnutzung, die direkte Kontrolle über die Zahlungsmittelmenge immer mehr verlieren. Denn während sich die Bar- und Giralgeldbestände in den ersten drei bis vier Nachkriegsjahrzehnten noch relativ im Gleichschritt mit der nominellen Wirtschaftsleistung entwickelt und lediglich gegeneinander verschoben haben, hat ihre Zunahme inzwischen diese Grenzen gesprengt (siehe Darstellung). Diese Überentwicklungen, die nicht zuletzt auch mit den gewachsenen Spekulationen und Spekulationskassen zusammenhängen dürften, machen es den Notenbanken immer schwerer, mit Hilfe des relativ kleiner werdenden Hebels in ihren Händen das Geschehen im Geldbereich noch korrekt zu steuern.

Die Auswirkungen aus meiner Sicht a) für die Bankkunden:

Für die Bankkunden bleibt im Grunde alles beim alten. Die Bestände auf den Buchgeldkonten sind – wie bisher die Giralgeldkonten – ihr frei verfügbares Eigentum. Sie werden weiterhin von den Banken geführt und die Besitzer können darüber wie bisher ihre Überweisungen, Daueraufträge usw. abwickeln. Das gleiche gilt für die Bargeldein- und -auszahlungen, den Austausch von Bar- gegen Buchgeld sowie die Übertragung überschüssiger Geldhaltungen auf normale verzinsten Bankkonten usw. Auch würde es bei den Banken weiterhin die verschiedensten Guthaben- und Kreditformen mit unterschiedlichen Bindungsfristen bzw. Laufzeiten geben. Während jedoch

³ dito, Geldschöpfung durch Geschäftsbanken – Theorie oder Wirklichkeit?, Zeitschrift für Sozialökonomie Nr. 108, Gauke, Lütjenburg 1996

diese Sichtguthaben für die Besitzer bislang eine Forderung gegenüber der Bank darstellten, sind die daraus entstandenen Buchgeldguthaben dann eine Forderung gegenüber der Notenbank auf Eintausch gegen Bargeld, die von den Banken für ihre Kunden verwaltet werden.

Da allerdings diese Buchgeldbestände von den Banken nicht mehr für zwischenzeitliche Ausleihungen benutzt werden können, entfallen alle heute noch für Girokonten gezahlten Guthabenzinsen. Außerdem müssen die Banken, die bislang den relativ teuren Überweisungsverkehr z. T. aus den Zinserträgen der kurzfristigen Bestandsverleihungen finanzieren konnten, jetzt ihre Kunden mit den vollen Kosten des unbaren Zahlungsverkehrs belasten. Da als Folge dieser Gegebenheiten jedoch die Geldkontenbestände auf das notwendige Minimum abgebaut und außerdem die Zahlungsverwicklungen aufgrund der elektronischen Innovationen immer billiger werden, dürfte dieser Kostenanstieg die Attraktivität der Benutzung dieser Zahlungsmittel kaum beeinträchtigen.

b) für die Banken:

Auch für die Banken würde sich im Grunde nicht viel verändern. Sie würden die Buchgeldbestände in der Praxis genau so weiterführen wie bisher die Girokontenbestände. Der Fortfall der bisherigen Ausleihmöglichkeit der Buchgeldbestände und die damit verbundenen Zinseinnahmeverluste sind für das Kreditgeschäft jedoch nicht ohne Folgen. Allerdings ist anzunehmen, dass die Banken ihren Kunden sehr rasch täglich kündbare und verzinsten Geldmarktkonten für ihre überschüssigen liquiden Geldbestände anbieten werden. Damit können die Bankkunden nicht nur den Kosten der Geldhaltung kurzfristig entgehen, sondern auch die Banken die sonst entstehende Kreditlücke weitgehend schließen. Da alle Überweisungen jedoch nicht mehr von Zentralbankgeld begleitet zu werden brauchen, ergeben sich für die Banken andererseits aber auch Vereinfachungen. Das gilt auch für den Wegfall der Mindestreserve-Vorschriften, womit die Banken – wie bei dem Bargeld in den Kassen – über die Höhe ihrer Zentralbankgeldguthaben selbst bestimmen können.

Was für die Banken ein größeres Problem sein könnte, wären die höheren Kosten für die insgesamt zu verwaltenden Geldbestände, die ja um die heutigen Girokonten erweitert werden. Würden diese erweiterten Geldbestände, wie bisher beim Bargeld üblich, den Geschäftsbanken von den Notenbanken über zinsbelastete Kredite zur Verfügung gestellt, stiegen die Belastungen für die Banken und damit die Wirtschaft deutlich an. Zur Schaffung eines weichen Übergangs sollen darum nach Huber die Buch-

geldbestände den Banken anfangs zinsfrei überlassen und nach und nach in normale Notenbankkredite umgewandelt werden – sicher eine etwas fragwürdige Lösung dieses Problems.

In diesem Zusammenhang stellt sich allerdings die grundsätzliche Frage, ob und wieso eigentlich diese Kreditkosten, sowohl für die Bargeldversorgung als dann auch für die Buchgeldversorgung, bei den Banken hängen bleiben sollen, die sie ihrerseits letztlich nur auf die Kreditnehmer überwälzen können, die meist gar kein Bargeld in Anspruch nehmen. Eine sachgerecht kalkulierte Kostenumlage nach dem Verursacherprinzip auf die Geldnutzer ist also in unserem Geldsystem längst überfällig. Entweder muss also den Banken das eigentlich selbstverständliche Recht zur Kostenumlage auf diese Bar- und Buchgeldnutzer eingeräumt oder ein anderer Weg der Geldausgabe gewählt werden, der die Banken nicht mit Kosten belastet.

Mit einer Umlage der Bankkosten auf die Geldnutzer ergäbe sich außerdem – sofern sie auf die Bestände und nicht auf die Vorgänge bezogen werden – die Möglichkeit zu einer Verstetigung der Geldhaltung bzw. des Geldumlaufs, was für die Notenbanken von großem Vorteil bei der Steuerung der Geldmenge wäre und im Prinzip der Forderung nach einer Umlaufsicherung entsprechen würde.

c) für die Notenbanken:

Neben dem bereits angeführten Zugewinn an Einfluss auf die Geldmenge und deren Steuerung und Kontrolle würde sich das Geldvolumen in den Händen der Notenbanken erheblich vergrößern. Geht man von den heutigen Gegebenheiten aus, dann würde die ausgegebene bzw. zu verwaltende Gesamtgeldmenge, bezogen auf den Raum der Deutschen Bundesbank und das Jahr 2000, z. B. von rund 330 Mrd DM (Bargeld einschl. Kassen- und Zentralbankgeldbestand der Banken) durch den hinzukommenden Buchgeldbestand auf ca 1.150 Mrd DM ansteigen. Da es sich dabei jedoch lediglich um Buchungsvorgänge handelt, ist diese Ausweitung der Geldmenge – im Gegensatz zu jenen im Bargeldbereich – nur mit einem geringen Arbeits- und Kostenaufwand verbunden. Mit dem Wegfall der Mindestreserven würde sich außerdem auch für die Notenbanken der Kontrollaufwand verringern.

Soweit die erweiterten Geldmengen über Kredite an die Geschäftsbanken ausgegeben werden, würden natürlich die Zinseinnahmen der Notenbanken erheblich ansteigen. Da diese Einnahmen jedoch – soweit sie die Kosten der Notenbanken übersteigen – an den Staat und damit an die Bürger zurückfließen, würde es sich bei diesen eingezogenen Kosten letztlich um eine Art Steuer mit sozial eher positiven Umverteilungsfolgen handeln.

Diese Umverteilungsfrage stellt sich natürlich auch bei allen laufenden Ausweitungen der Geldmenge, die ja mit der Wirtschaftsleistung zunehmen muss. Mit diesem Komplex der Notenbankeinnahmen bzw. Geldmengenausweitungen verknüpft Huber nun das Modell einer allgemeinen Grundsicherung bzw. von Grundbezugsrechten, die direkt und ohne Umweg über den Staat den Bürgern zugute kommen sollen.

Grundsicherung – Grundbezugsrechte

Das Thema einer Grundabsicherung der Bürger aus Steuermitteln wird bereits seit den 60er Jahren diskutiert, vor allem auch in den USA, wie Huber in seinem Buch belegt. Unter den Begriffen Bürgergeld, Grundeinkommen oder Negativsteuer, ist diese öffentliche Zuwendung in den letzten Jahren auch bei uns immer häufiger ins Gespräch gekommen. Verstanden wird darunter bekanntlich ein bestimmtes Einkommen, das entweder an alle Bürger oder – wie von Huber entwickelt – statt anderer sozialer Hilfen an bestimmte Bürgergruppen gezahlt werden soll.

Statt der heute üblichen Finanzierung solcher sozialen Ausgleichszahlungen über Steuern und Abgaben verknüpft Huber diese nun mit den Geldmengenausweitungen der Notenbanken. Dabei kommt ihm die Übernahme der heutigen Sichtguthaben durch die Notenbanken sehr entgegen, da sich damit das zur Verfügung stehende Verteilungspotenzial erheblich vergrößert. Denn während beispielsweise die Bargeldausweitungen der Bundesbank im Schnitt der letzten zehn Jahre bei 9 Mrd DM lagen, nahmen die Sichtguthaben p. a. um 43 Mrd DM zu. Das heißt, im vergangenen Jahrzehnt hätte im rechnerischen Mittel jährlich ein Gesamtbetrag von 52 Mrd DM als Verteilungsmasse zur Verfügung gestanden.

Vergleicht man diese Beträge mit den Sozialausgaben des Staates, dann schmelzen sie allerdings auf eine relativ geringe Größe zusammen. So lag beispielsweise das gesamte Sozialbudget 1999 bei 1.300 Mrd DM. Mit dem Zuwachs der Geldmenge von 52 Mrd DM hätten gerade die Ausgaben für die Sozialhilfe finanziert werden können.

Bedenken gegen die Verknüpfung

Hier ist als erstes die Frage zu stellen, ob eine Verknüpfung bzw. Vermischung der Aufgaben einer Notenbank mit sozialstaatlichen Aufgaben überhaupt sinnvoll bzw. vertretbar ist. Weiterhin dürfte es mehr als problematisch sein, weitgehend festliegende und gleichbleibende Ausgabenpo-

sten des Staates an eine äußerst schwankende Größe wie die jährlichen Geldmengenausweitungen zu binden. So nahm – um einige Beispiele anzuführen – die Bargeldmenge 1997 überhaupt nicht zu, 1998 sogar um 5 Mrd DM ab, 1999 stieg sie dann um 13 Mrd DM, um im Jahr 2000 erneut um 10 Mrd abzunehmen. Das heißt, in den vier letzten Jahren gab es per saldo insgesamt sogar eine leichte Abnahme der Bargeldmenge. Für eine Verteilung hätte also überhaupt nichts zur Verfügung gestanden.

Dieser Tatbestand ist Joseph Huber natürlich bekannt und für ihn ganz sicher auch einer der Gründe gewesen, die stärker zunehmenden Giralgeldbestände mit in die offizielle Geldmenge aufzunehmen. Denn beide Bestände zusammen haben z. B. in den letzten vier Jahren von 917 auf 1123 Mrd DM zugenommen, also um 206 Mrd DM. Das entspricht einem durchschnittlichen Anstieg p. a. von 55 Mrd DM, allerdings wieder mit erheblichen Zunahme-Schwankungen zwischen 21 und 85 Mrd DM.

Vergleicht man diese Beträge mit den oben angeführten gesamten Aufwendungen im Sozialbereich, wird ihre Unzulänglichkeit für eine Finanzierung dieser Ausgaben jedoch auch nach einer Zusammenfassung von Bar- und Giralgeld deutlich. Dabei ist noch zu beachten, dass der relativ hohe Anstieg von M1 in den letzten Jahren wesentlich mit dem Börsenboom und den damit verbundenen Ausweitungen der Spekulationskassen zusammenhängen dürfte, die ja weitgehend im Bereich der heutigen Sichtguthaben gehalten werden. Langfristig gesehen würde sich die Geldmenge M1 – wie von 1950 bis 1988 der Fall – bei korrekter Geldmengensteuerung jedoch nur im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung entwickeln, womit der Verteilungsspielraum durch das hinzukommende Notenbankgeld auch nur im Gleichschritt mit dem Wirtschaftswachstum zunehmen würde. Danach hätte z.B. in den letzten vier Jahren der Zuwachs nur bei 25 Mrd DM gelegen, pro Kopf der Bevölkerung also bei 300 DM im Jahr. Beachtet man weiterhin, dass in den verschiedenen Plänen für ein Bürgergeld bzw. eine Steuerrückzahlung heute Größenordnungen von 1.000 DM pro Kopf und Monat im Gespräch sind (was mit einem Gesamtbetrag von rund 9.600 Mrd p. a. den heutigen Aufwendungen für den sozialen Sektor nahe käme), wäre die mögliche Finanzierungshilfe der Notenbank mit monatlich 25 DM eher eine Bagatelle.

Geht man jetzt noch davon aus, dass es in einer nachhaltigen bzw. einer optimalen ökologisch orientierten Kreislaufwirtschaft eines Wachstum der Wirtschaft und damit auch der Geldmenge gar nicht mehr bedarf, würde es gar keine Möglichkeiten mehr geben, seitens der Notenbank irgendwelche öffentlichen Ausgabenfelder zu finanzieren. Außerdem ist zu befürchten, dass bei einer solchen Finanzierungsübernahme staatlicher Ausgaben durch die Notenbank der politische Druck auf diese noch mehr als heute zuneh-

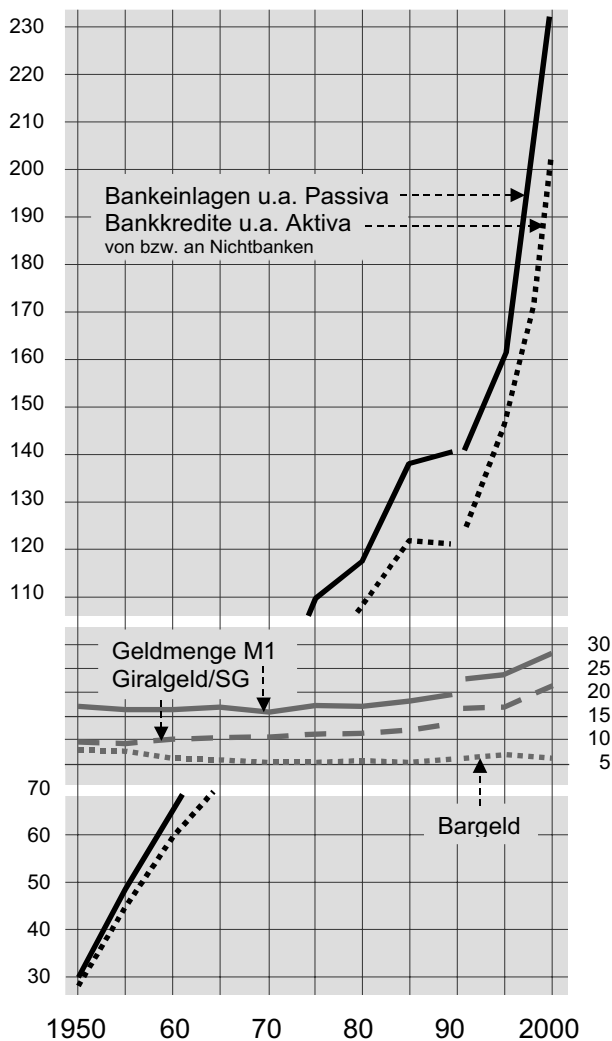
men würde, eine lockere Geldpolitik zu betreiben. Ganz besonders in Flautezeiten, in denen die Sozialkosten des Staates steigen, während sowohl die Steuereinnahmen als auch die Geldmengenausweitungen tendenziell zurückgehen.

Weiterhin ist die Frage zu stellen, ob die Notenbanken unter den heutigen Gegebenheiten überhaupt auf die Ausgabe des Neugeldes über Kredite an die Geschäftsbanken verzichten können. Selbst Joseph Huber ist der Auffassung, dass dieser Weg auch zukünftig kaum auszuschließen ist. Denn solange die Notenbanken die Geldmenge nicht direkt über den Preisindex steuern können, das heißt, solange sie den Geldumlauf nicht in den Griff bekommen, werden sie gezwungen sein, den Geldbedarf weiterhin über ständig revolvingende Ausleihungen des Notenbankgeldes zu kontrollieren, auch um damit, über die Zinsentwicklung und deren Beeinflussung, den Bedarf der Märkte abzutasten. Eine kreditfreie Ausgabe des Neugeldes an den Banken vorbei, ob direkt an den Staat oder an die Bürger, würde aus diesen Gründen erst möglich sein, wenn der Geldumlauf auf andere Weise verstetigt und damit zu einer berechenbaren Größe wird. Diesen Weg schließt jedoch Huber mit seiner Kritik an den Lösungen Gesells von vorne herein aus.

Fazit:

Zweifellos wird auf Grund des relativen und inzwischen sogar absoluten Rückgangs der Bargeldnutzung und der zunehmenden bargeldlosen Zahlungsalternativen die Frage einer Einbeziehung des Giralgeldes in die Verantwortung der Notenbanken immer dringlicher. So erfreulich darum Hubers Plädoyer für diese Einbeziehung ist, so fragwürdig scheint mir die Verknüpfung der Geldemission mit staatlichen Zahlungsverpflichtungen zu sein. Vor allem, wenn diese Geldemission, zur Verstetigung der Kaufkraft des Geldes, zukünftig noch enger als bisher an die Leistungsentwicklung angeglichen werden muss.

Entwicklung monetärer Größen im Vergleich Deutschland 1950 bis 2000 – im Fünfjahresabstand in % des BSP



Quelle: Bundesbank

© Helmut Creutz / Nr. 002

Die blinden Flecken der Ökonomie¹⁾

Wirtschaftstheorien in der Krise

Anmerkungen zu einem Buch von Bernd Senf

Thomas Betz

Mit seinem neuen Buch leistet Bernd Senf eigentlich zweierlei:

Zum einen liefert er einen umfassenden Überblick über die wesentlichen und prägenden ökonomischen Denkschulen, der bewusst und gewollt laienverständlich gehalten ist – vielleicht sein größtes Verdienst – und auch vor den Tabuthemen Karl Marx und Silvio Gesell nicht halt macht. Unabhängig von persönlicher Motivation und weltanschaulicher Provenienz kann sich so auch der akademisch wenig oder nicht Vorbelastete einen Überblick darüber verschaffen, worum es in der Ökonomie und den entsprechenden Diskussionen eigentlich geht und weiß er dann auch, dass es nicht angeht, dass er als »Nichtwissender« mundtot gemacht und ignoriert und über seinen Kopf entschieden wird.

Zum anderen unterwirft Senf ausnahmslos alle Schulen einer strengen Kritik, prüft und bewertet sie unter Zugrundelegung von Kriterien insbesondere der Ökologie, der Verteilungsgerechtigkeit, der Geschlechterfrage, der Realitätsnähe sowie der Zukunftsfähigkeit und findet so eben zu den »blinden Flecken der Ökonomie«, die sich wie ein roter Faden durch das Buch ziehen. Obwohl die Flecken in Anzahl wie Bedeutung durchaus nicht gleichverteilt sind, gibt es doch auch keine Denkrichtung, die verschont bleibt. Dem Autor ist auch weniger daran gelegen, im Sinne von »gut« oder »schlecht« zu polarisieren und einzuteilen, sondern im besten Sinne integrativ zu wirken; d. h. im Sinne eines »von jedem das Beste« eine Weiter- bzw. Höherentwicklung ökonomischer Theorie anzuregen.

Er beginnt in chronologischer Abfolge zunächst mit der ältesten Schule, der Feudalismus-Legitimations-Ökonomie der Physiokraten (F. Quesnay), der er immerhin zubilligen kann, dass sie – i. Ggs. zu späteren Theorien – die Natur als Produktivkraft erkannt hat, welche insoweit auch zu schützen und deren Reproduktionsfähigkeit zu gewährleisten ist. Es folgt die Klassik (Adam Smith und J. B. Say), die nunmehr dem Boden, dem Kapital, dem – vorgeschossenen – Geldkapital, aber eben auch der Arbeit Produktivkraft

¹⁾ erschienen im dtv-Verlag, 2001 (ISBN: 3-423-36240-5)

zuerkennt. Die blinden Flecken sieht Senf in der – von der Klassik nicht gesehenen, aber durch die Teilung der Arbeit bedingten – Entfremdung (von der Arbeit, vom Produkt, aber auch der Menschen voneinander und von sich selbst), in den durch die Planungsprozesse entstehenden Hierarchien, Dominanzen, Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen, in der ungleichen Verteilung des Gesamtproduktes, auch auf der Makro-Ebene des internationalen Austausches der Güter.

Der – historische wie im Buch – Nachfolger ist Karl Marx und seine Theorie. Er übernimmt einige Elemente der Klassik, insbesondere die Arbeitswertlehre, und entwickelt diese weiter zur Mehrwerttheorie, stellt die klassische Schule aber ansonsten auf den Kopf (oder auf die Füße; je nachdem). Im Buch findet sich ein überschau- und nachvollziehbarer Überblick über die Marx'sche Theorie, der die wesentlichen Zusammenhänge veranschaulicht und auch wieder die Augen für die blinden Flecken öffnet; allen voran für den monetären: Marx übernimmt von der Klassik die Geldvorstellung eines vollkommenen und neutralen Tauschäquivalentes. Damit bleibt ihm der Blick für die besondere – und überlegene – Rolle des Geldes sowie für Prozesse, die ihren Ursprung in der monetären Sphäre haben und auf die reale Sphäre (die der Güter und Dienstleistungen) ausstrahlen, verschlossen. Senf erwähnt in dem Zusammenhang auch die defizitäre Analyse von Inflation und Deflation während der Weltwirtschaftskrise durch den Marxismus. Angesprochen wird auch der ökologische blinde Fleck, denn die Natur als Produktivkraft war bereits bei den Klassikern wieder verschwunden und auch bei Marx nicht wieder aufgetaucht. Zwar finden sich bei ihm auch Ausführungen über den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Naturzerstörung, nicht aber im Rahmen seiner Mehrwerttheorie. Unter den Reproduktionskosten der Arbeit werden zwar auch diejenigen der Familien einschließlich der Kinder und der Frauen subsumiert, aber die besondere gesellschaftliche Wertschöpfung der Frauen findet bei Marx keine gesonderte Berücksichtigung und insofern verortet der Autor auch einen feministischen blinden Fleck. Mit dem massenpsychologisch blinden Fleck wird schließlich das Phänomen beschrieben, dass mit sich verschärfender Krise die Massen keineswegs ganz zwangsläufig zum revolutionären Subjekt wurden (und werden?), sondern auch schon mal – wie in Deutschland und andernorts geschehen – in das entgegengesetzte Lager abdriften können.

Es folgt ein Ausflug in die sog. Neoklassik (S. Jevons, C. Menger, L. Walras) und deren Haushalts-, Markt- und Unternehmenstheorie, die die Grundlagen der ökonomischen Orthodoxie bis zur Gegenwart bilden. Trotz der Namens-Bezugnahme finden sich wesentliche Grundlagen der Klassik, insbesondere die Wertschöpfung durch die menschliche Arbeit sowie die Arbeitswertlehre, in der Neoklassik nicht mehr. Der eigentliche Prozess der

Wertschöpfung bleibt insoweit auch im Dunkeln und so beschränkt sich die Betrachtung auf die Preisbildung auf den einzelnen Märkten unter den verschiedensten Bedingungen. Krisen, die eine Theorie mit Anspruch auf Vollständigkeit eigentlich erklären können sollte, werden externalisiert und Störgrößen genannt. Ansonsten ist alles im Gleichgewicht bzw. tendiert langfristig dorthin. Obzwar die frühe Neoklassik ein Zeitgenosse des Marxismus war, hat sie sich nie an eine inhaltliche Auseinandersetzung mit selbigem gewagt. Statt dessen wurde jedenfalls versucht, ihn totzuschweigen, und vermittelt einer gewaltigen Mathematisierung wissenschaftliche Exaktheit vorgeschützt, ohne die Grundannahmen und Prämissen der Theorie bzw. ihrer Teile jemals einer wissenschaftlichen Überprüfung unterzogen zu haben. Das holte dann erst 100 Jahre später Reinhard Selten nach, der als erster Deutscher 1994 den Nobelpreis für Ökonomie erhielt; im Wesentlichen dafür, dass er nachwies, dass die neoklassischen Grundannahmen jeder Grundlage entbehren (steht zwar nicht im Buch, ist und wäre aber in diesem Zusammenhang interessant im Detail zu erfahren). Allein der sattsam bekannte »homo oeconomicus«, der vollständig bewusste, informierte und allzeit rationale Konsument mit seinem individuellen Präferenzsystem, tragende Säule des Theoriegebäudes, erweist sich als pures Hirngespinnst. Entsprechend wird von Senf auch insbesondere die »emotionale Blindheit« der Neoklassik thematisiert, ansonsten aber das gesamte Gebäude als ein einziger großer blinder Fleck rezipiert und folgerichtig zum Einsturz gebracht (bildhafte Darstellung zu bestaunen auf S. 149).

Der Bewohner einer der »wenigen Nischen, in denen abweichendes Denken und Verhalten sozusagen als Narrenfreiheit noch geduldet wird« (S. 8), stellt nun Silvio Gesell und die Freiwirtschaftslehre in eine Reihe mit den anderen genannten Schulen. Er kommt zunächst auf Gesells Kritik an Marx zu sprechen (monetäre Blindheit; s.o.) sowie auf die von Gesell ins Visier genommene Golddeckung der Währung und stellt fest, dass die Welt jedenfalls diesbezüglich bereits zu besserer Einsicht gelangt ist; alle nationalen Währungen wurden nach dem 2. Weltkrieg vom Gold gelöst. Derartige Einsichten stehen allerdings im Hinblick auf die von Gesell in erster Linie thematisierte Problematik des Zinssystems noch aus. Unter Bezugnahme auf Gesell – und in Anlehnung an sein Buch »Der Nebel um das Geld« (Gauke-Verlag 1996) – diskutiert Senf den Zins als Ursache und/oder Verstärker der 5 Krisen von Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft, Staat und Dritter Welt und arbeitet als Grundproblem die Parallelität der Geldfunktionen Tauschmittel, Wertaufbewahrungsmittel und Spekulationsmittel heraus (und nennt dies »monetäre Kernspaltung«; S. 183). Er spricht die Ächtung des Zinses im Christentum an, mögliche Problemlösungen und den Modellversuch Wörgl. Aber auch die Freiwirtschaftslehre – so konstatiert er – hat einen blinden

Fleck, den gegenüber der Natur: Zwar würde eine freiwirtschaftliche Reform dem zinsinduzierten Wachstumszwang Einhalt gebieten, aber der Teufel der Naturzerstörung stecke in den einzelwirtschaftlichen Grundbegriffen; insbesondere in dem Umstand, dass die notwendige Reproduktion der Natur keine Berücksichtigung in der einzelwirtschaftlichen Kostenrechnung findet.^{*)} Des weiteren kritisiert er, dass Gesell – gemeinsam mit der Neoklassik – die Arbeitswertlehre (der Klassik wie des Marxismus) unberücksichtigt lässt und sich dadurch ein tieferes Verständnis von Wertentstehung und Wertschöpfung verbaut. U.a. deshalb bedauert er eine beiderseitige dogmatische Erstarrung (von FWL und M.) und plädiert für mehr Dialog.

Der nächste in der Reihe ist nun John Maynard Keynes, der die systemimmanente Krisenanfälligkeit des Kapitalismus nicht mehr in Abrede stellt, aber eine Revolution für überflüssig, staatliche Interventionen hingegen für notwendig und unerlässlich hält. Die Keynes'schen Konsum-, Spar-, Investitions-, Liquiditätspräferenz- und Beschäftigungstheorien werden erläutert, wichtige Zusammenhänge wie die allgemeine Tendenz zur Nachfrageelücke und der durch Ungleichverteilung induzierte Nachfrageausfall dargestellt. Bezüge sowohl zu Marx (sinkende Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und tendenzieller Fall der Profitrate) als auch zu Gesell (Liquiditätspräferenz und Tendenz zum Horten) werden aufgezeigt und schließlich Keynes eigenes Gesell-Lob und das »Gesell-Kapitel« in der *General Theory* angesprochen. Neben der Stärkung der Konsumnachfrage durch entsprechende Einkommens- und Sozialpolitik forderte Keynes eine weitere Nachfragestärkung durch entsprechende Geld- (niedrige Zinsen) und Fiskalpolitik (staatliche Investitionen). Insbesondere bei den beiden letzteren handelt es sich um Maßnahmen, die zumindest die Gefahr einer Inflation in sich bergen. Gemäß der Theorie sollten den genannten, expansiv wirkenden Maßnahmen in Zeiten der Hochkonjunktur auch wieder kontraktiv wirkende entgegengesetzt werden (höhere Steuern und höhere Zinsen). Die Erfah-

^{*)} Anm. der Red.: Die von Gesell vertretene Bodenreform und ihre analoge Anwendung auf die übrigen Naturreiche schafft durch eine gerechte Verteilung des Zugangs und der Teilhabe an den natürlichen Ressourcen erst die Bedingungen, unter denen die ökologischen Probleme der Nutzungsbegrenzung lösbar werden! Denn die ökologisch notwendige Begrenzung des Zugangs zu den Umweltgütern wird gesellschaftlich nur bei gerechter Verteilung der Zugangschancen gelingen. Im übrigen bewirkt die in der Bodenreform vorgesehene Abschöpfung der Boden- und sonstigen Naturrenten eine Vollentgeltlichkeit der Umweltnutzung, was – seit 100 Jahren – nichts anderes als die heute zu Recht geforderte Berücksichtigung der Ressourcenknappheit in der einzelwirtschaftlichen Kostenrechnung bedeutet. Bei der Freiwirtschaftslehre von einem blinden Flecken in Bezug auf die Natur zu sprechen, wird der Sache daher sicher nicht gerecht.

rung zeigte jedoch, dass diese in demokratisch verfassten Staaten aufgrund ihrer Unpopularität (und dem Bedürfnis der Regierenden, wiedergewählt zu werden) kaum bzw. nicht in ausreichendem Maße durchsetzbar sind. Neben der Inflation ist deshalb die zweite Langfristwirkung – bei unveränderter Geldverfassung, also Beibehaltung des Zinssystems – eine hohe und immer höher werdende Staatsverschuldung, von der letztlich die Geldvermögensbesitzer am meisten profitieren. Diese Gefahren nicht zu sehen bzw. nicht gesehen zu haben, sind für Senf die blinden Flecken des Keynesianismus.

Entsprechend wird ihm auch eine bedeutende Mitverantwortung für das erneute Erstarken der Neoklassik bzw. für das Erblühen des Monetarismus (Milton Friedman) seit Beginn der 1980er Jahre angelastet. Friedman ist der Meinung, dass antizyklische Fiskalpolitik viel zu spät wirkt und dadurch sogar die Gefahr besteht, dass Konjunkturschwankungen eher verstärkt statt abgeschwächt werden. Fundamentale Kreislaufstörungen des Kapitalismus müsse es dann nicht geben, wenn der Staat für konstante monetäre Rahmenbedingungen sorgt und die Geldmenge mit einer gleichbleibenden – und mit dem Wachstum der Realsphäre korrespondierenden – Wachstumsrate sich entwickeln lässt. Ansonsten ist das System nicht weiter problematisch und deshalb Enthaltensamkeit des Staates, ja sogar Rück- und Abbau desselben angesagt. Der Staat soll – genau wie die private Hand, d.h. die Unternehmen – vor allem seine Kosten senken bzw. unter Kontrolle halten. Das ist auch der – theoretische – Hintergrund für alle Privatisierungen und Diskussionen um leere Kassen und Sparzwänge, für die sog. Deregulierungen, Flexibilisierungen und Liberalisierungen auch und gerade im Zusammenhang mit der Globalisierung, für die Senkung der Reallöhne (bzw. den geringeren Anteil am Produktivitätszuwachs), für die Arbeitslosigkeit, für die Schwäche der Gewerkschaften, für die Verschärfung der sozialen Gegensätze.

Abgerundet wird deshalb der in jeder Hinsicht empfehlenswerte Band mit einem Überblick globalisierungskritischer Literatur und Besprechungen von: (James Goldsmith) Die Falle, (Jeremy Rifkin) Das Ende der Arbeit, (Hans-Peter Martin und Harald Schuhmann) Die Globalisierungsfalle, (Maria Mies und Claudia von Werlhof) Lizenz zum Plündern – Das multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI), (Viviane Forrester) Der Terror der Ökonomie, (George Soros) Die Krise des globalen Kapitalismus.

Der japanische Patient benötigt mehr als nur Strukturenreformen

*Angebotspolitik braucht man nicht, wenn es an Nachfrage fehlt –
die Deflation in Japan lässt sich nur mit makroökonomischen
Mitteln bekämpfen*

Unter der vorgenannten Überschrift hat der Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Professor Hans-Werner Sinn, am 13.06.2001 im Handelsblatt die Situation der japanischen Volkswirtschaft beschrieben. Nachdem er für die letzten 10 Jahre eine weitgehend stagnierende, z. T. schrumpfende Wirtschaft mit Deflation konstatiert, deren Probleme mit strukturellen Reformen gelöst werden sollen, wendet er ein: »Eine Deflation ist ein makro-ökonomisches Problem, das nur mit makro-ökonomischen Mitteln zu lösen ist. Angebotspolitik braucht man nicht, wenn es an Nachfrage fehlt....«

Eine genauere Analyse der Situation zeigt: »Die japanischen Haushalte sparen zu viel und die Firmen investieren zu wenig. Paradoxerweise sind sogar die Firmen in die Gruppe der Nettosparer übergewechselt. Sie treten nicht als Nachfrager der Ersparnis der Haushalte auf, um daraus ihre Investitionen zu finanzieren, sondern bedienen den Kapitalmarkt selbst mit Ersparnissen.

Für Unternehmen und auch Haushalte zusammengekommen war laut IWF im Jahr 2000 ein Spartüberhang über die Investitionen in Höhe von 9,3 % des japanischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu verzeichnen. Das ist ein äußerst ungewöhnliches Verhältnis ...

Der Überschuss der geplanten Ersparnis über die geplanten Investitionen lässt sich als »deflatorische Lücke« beschreiben, weil er einen Mangel an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage bedeutet. Der Staat kann diese Lücke schließen, wenn er immer mehr Schulden macht. Die Möglichkeiten, diese Politik fortzusetzen, schwinden aber von Jahr zu Jahr, weil dadurch eine Vertrauenskrise der Anleger mit unübersehbaren Konsequenzen für das Staatswesen heraufbeschworen wird ...“

Sinn kommt sodann auf Möglichkeiten und Grenzen einer expansiven Geldpolitik zu sprechen: »Leider ist aber auch dieser Weg verbaut, denn die kurzfristigen Zinsen lagen in den letzten Jahren praktisch bei Null. Japan steckt in der keynesianischen Liquiditätsfalle. Eine Wirtschaft, die in der Liquiditätsfalle gefangen ist, kann man nicht durch Geldpolitik beleben: es ist unmöglich, die Nominalzinsen negativ zu machen. Jeder würde es vorziehen, sein Geld zu horten, statt es zu negativen Zinsen zu verleihen.«

Sinn sieht – wie andere keynesianisch orientierte Betrachter der japanischen Situation – in dieser Lage nur ein Mittel, um aus der Krise herauszu-

kommen: »Es gibt allerdings einen Trick, wenigstens die realen Zinsen weiter zu senken. Man muss sehen, dass sich die Wirtschaft bereits vor der Krise an einen Inflationstrend gewöhnt. Wenn die Preise laufend steigen, kann der Realzins durch eine expansive Geldpolitik unter Null gedrückt werden, möglicherweise weit genug, um die Wirtschaft in einer Rezession wieder auf Trab zu bringen.«

Dieser Zug ist nach Sinn aber für Japan bereits abgefahren: »Den Japanern ginge es heute besser, wenn sie eine Inflation hätten, doch wenn man erst einmal in der Liquiditätsfalle steckt, lässt sich eine Inflation kaum noch herbeiführen, jedenfalls nicht mittels Geldpolitik.«

Nun kommt Sinn auf den Ratschlag zu sprechen, den er offenbar den Japanern erteilen möchte: »Die einzige reale Möglichkeit, die Japan heute noch verbleibt, ist die Abwertung der eigenen Währung. Diese kann die japanische Notenbank jederzeit realisieren, indem sie neue Yen druckt und am Devisenmarkt für den Kauf von Dollars einsetzt. Die Abwertung stärkt die Auslandsnachfrage und hilft der Wirtschaft unmittelbar. Mittelbar hilft sie, indem sie die Schaffung eines Inflationstrends ermöglicht und der Notenbank in einer temporären Rezession das Mittel eines negativen Realzins-satzes zur Belebung der Investitionen zur Verfügung stellt.«

Sinn kommt sodann auf die politischen Schwierigkeiten, denen sein Vorschlag in Japan begegnen würde, zu sprechen. Sie bestehen vor allem darin, dass die derzeitige politische Mehrheit ganz wesentlich die Sparer der Bevölkerung repräsentiert, denen die Deflation nicht ungelegen kommt, weil sie den Realwert ihres Geldvermögens erhöht. Der fortschreitende Alterungsprozess der japanischen Bevölkerung wird das politische Übergewicht der Sparer in Zukunft vermutlich noch vergrößern.

Abschließend weist Sinn warnend darauf hin, dass die japanische Krankheit auch in Europa ernst genommen werden muss. Insbesondere die reichliche Kapitalausstattung und die wachsenden Probleme der Überalterung stellen einen Hintergrund dar, vor dem man sich bewusst werden muss, »dass nicht nur in der Inflation eine Gefahr liegt, sondern auch in einer zu rigoros verfochtenen Politik der Preisstabilität. Eine angemessene Abwägung beider Gefahren findet derzeit nicht statt.«

Und Sinn schließt mit der Feststellung: »dass die Preisstabilität das einzige Ziel ist, auf das die Europäische Zentralbank verpflichtet wurde, kann man angesichts der japanischen Verhältnisse nur mit Besorgnis zur Kenntnis nehmen.«

Zu diesem Artikel erschienen am 27.06.2001 im Handelsblatt ungekürzt und – bis auf die Überschriften – unverändert zwei unabhängig voneinander verfasste Leserbriefe, und zwar

1. Unter der vom Handelsblatt gewählten Überschrift »Die Lage in Japan ist nicht neu« von Eckhard Behrens (ursprüngliche Überschrift: »Wie bekämpft man Deflation mit Inflation?«:

»In Deutschland ist es mutig, zur Bekämpfung einer Deflation die Erzeugung einer Inflation zu fordern. Diesen Mut, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, Gift mit Gegengift zu behandeln, hat Prof. Sinn, Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, mit seinem Gastkommentar bewiesen und das HANDELSBLATT war so frei, ihn am 13. Juni 2001 (Seite 12) zu verbreiten; leider lassen andere viel gelesene Zeitungen in Deutschland solche Debatten gar nicht zu!

Die Lage in Japan ist nicht neu, aber jetzt besonders deutlich. Mit Recht fordert Hans-Werner Sinn, aus der langanhaltenden Misere in Japan für unsere Situation in Deutschland und Europa Lehren zu ziehen. Er warnt eindringlich vor einer zu rigorosen Politik der Preisstabilität, macht aber leider nicht deutlich, dass Inflation nicht gleich Inflation ist. Er läuft bei vielen Lesern mit ihren traditionellen Inflationsängsten sicher auf. Diese wurden verursacht durch weit zurückliegende, aber unvergessene Hyperinflationen und seither ständig schwankende Inflationsraten, die nur für Spekulanten ein Paradies sind. Diese Ängste tabuisieren die Inflation als rationales Mittel der Wirtschaftspolitik.

Man erinnere sich: Die westlichen Notenbanken streben wirklich ernsthaft nach Preisstabilität, erreichen aber immer nur schwankende Inflationsraten. Je geringer die erreichten Schwankungsbreiten und das erreichte durchschnittliche Niveau der Inflationsraten wurden, umso geringer wurde das Wirtschaftswachstum und umso hartnäckiger wurde die Dauerarbeitslosigkeit; denn jeder neue Konjunkturaufschwung löst bei den Notenbanken immer früher Inflationsängste aus und veranlasst sie immer früher zu konjunkturschädlichen Bremsmanövern. Ob sie es sich eingestehen oder nicht, sie haben damit längst bewiesen, dass eine rigorose Politik der Preisstabilität und die Entfaltung einer guten Dauerkonjunktur unvereinbar sind. Wer Dauervollbeschäftigung und volle Entfaltung der wirtschaftlichen Wachstumskräfte will, muss höhere Preissteigerungen in Kauf nehmen, als es die EZB erklärtermaßen will – also mehr als 2 % im Jahr. Das ist begründbar.

Wenn die Bevölkerung spürbare Preissteigerungen erwartet, veranlasst sie dies zu Konsum- und Investitionsausgaben – im Extremfall zur Flucht in die Sachwerte.

Der Extremfall ist so pathologisch wie eine Politik der Preisstabilität. Das richtige Maß für die Inflationsrate ist dann gefunden, wenn die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nicht mehr sinkt. Geldumlauf bewirkt Warenumsatz; der Geldstrom trägt den Warenstrom; »Schlafmünzen« machen keinen

Umsatz. Die Erwartung hoher Inflationsraten beschleunigt den Geldumlauf (»galoppierende Inflation«), die Erwartung von Deflation lässt ihn zusammenbrechen. Die langjährige Erfahrung und plausible Überlegungen zeigen, dass bei Erwartung von Preisstabilität die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes schwankt und tendenziell sinkt. Sie ist dann also nicht stabil, sondern im »stop-and-go-Umlauf«! Und genau deswegen schwanken auch die Inflationsraten zur allgemeinen Enttäuschung immer wieder von neuem; Geldwertstabilität ist also auf Dauer unerreichbar, weil sie selbstzerstörend wirkt. Da wäre eine wirklich auf Dauer stabile Inflationsrate schon ein großer Fortschritt. Wie hoch muss die von der Bevölkerung erwartete Inflationsrate mindestens sein, dass die Umlaufgeschwindigkeit nicht mehr sinkt, sondern stabil bleibt – möglichst sogar robust stabil gegen allfällige gesamtwirtschaftliche Schocks?

Wie formt man aus diesen Einsichten eine erfolgreiche Notenbankpolitik? Provoziert man nicht eine Vertrauenskrise, wenn die gewohnte Politik der Preisstabilität ersetzt wird durch die Politik einer maßvollen stabilen Inflationsrate, deren richtige Höhe noch gefunden werden muss? Einfach wird der Politikwechsel nicht. Man kann die neue Politik nur mit Offenheit gegenüber der Bevölkerung erfolgreich gestalten, nicht hinter ihrem Rücken; denn die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wird nur stabilisiert, wenn die Bevölkerung die jeweils angestrebte Inflationsrate auch mit Sicherheit erwartet und sich inflationskonform verhält. Dann bewirken die zutreffenden Inflationserwartungen die Verstetigung der Konsum- und Investitionsgüternachfrage, also einen verstetigten Geldstrom und ununterbrochene Konjunktur.

Die kitzelige Hauptaufgabe wird darin bestehen, die Bevölkerung von Anfang an davon zu überzeugen, dass die Inflationsrate zwar auf 4 oder 5 % steigen soll, aber dafür auf Dauer stabil bleibt und nicht beliebig steigen kann, wenn die Geldmenge knapp genug gehalten wird. Unmöglich sollte dies nicht sein, denn schließlich haben die Notenbanken in der Vergangenheit bewiesen, dass sie die Inflationsraten sogar unter das eigentlich erforderliche Niveau herunterdrücken können. «

2. Daneben wurde unter der vom Handelsblatt gewählten Überschrift » ›Schlechtes‹ Geld verdrängte ›gutes‹ « folgender Leserbrief von Fritz Andres abgedruckt (ursprüngliche Überschrift: »Mit Negativzinsen aus der Deflationskrise«):

»Es ist ein großes Verdienst des Artikels von Sinn, endlich einmal, wenn auch nur für Japan, auf die Bedeutung der Nachfrageseite der Wirtschaft

und damit auf die Verantwortung der Geldpolitik für Konjunktur und Beschäftigung hingewiesen zu haben. Aber sind wir in Europa so weit entfernt von japanischen Verhältnissen? Auch Japan hätte sich vor 15 Jahren, als es noch die am stärksten boomende Volkswirtschaft unter den Industrienationen war, nicht träumen lassen, dass es jemals in eine solche nun schon ein volles Jahrzehnt andauernde, hartnäckige Depression fallen könnte, aus der es sich nicht befreien kann. Sind wir dagegen gewappnet? Liegen die Instrumente bereit?

Sinn ist darin zuzustimmen, dass eine leichte Inflation Japan aus der Liquiditätsfalle heraushelfen würde. Aber wie soll die Inflation bei einem kurzfristigen Zins von 0 % in Gang gesetzt werden? Sinn hält dieses Problem geldpolitisch nicht für lösbar, denn »es ist unmöglich, die Nominalzinsen negativ zu machen«.

Aber hier irrt Sinn. Denn wenn der Nominalzins nicht negativ werden kann, weil dann Bargeld gehortet wird, braucht man nur das Bargeld ökonomisch noch stärker zu belasten, ihm gewissermaßen einen noch etwas höheren »Negativzins« anzuheften, um die »Vorliebe für Liquidität« auch in dieser Situation zu unterbinden. Ob dies durch eine kontinuierliche Entwertung des einzelnen Geldzeichens (Stempelgeld), durch einen periodischen Umtausch des Bargelds gegen einen Abschlag oder – in modernerer Form – durch den Einzug eines entsprechend programmierten Magnetstreifens in den Geldscheinen (Vorschlag von M. Goodfriend von der FED, 1999) bewerkstelligt wird, ist eine Frage der Praktikabilität. Die Marktkräfte würden jedenfalls dafür sorgen, dass die Belastung des Bargelds sich in abgeschwächter Form – als Negativzins – auch auf das Giralgeld überträgt, und so dessen Hortung unterbinden.

Einen Versuch in dieser Richtung haben die Japaner mit der Ausgabe bargeldgleicher Gutscheine mit befristeter Laufzeit schon gemacht. Er musste scheitern, da das neue Geld trotz Verfalldatums nicht zusätzlich nachfragewirksam wurde, sondern in vollem Umfang das bisherige Geld verdrängte, das entsprechend mehr gehortet wurde. »Schlechtes« Geld verdrängte »gutes«! Konjunkturelle Impulse können von solchen Maßnahmen aber nur ausgehen, wenn die gesamte Geldmenge von der Belastung (»Negativverzinsung«) erfasst wird. Dann läuft die gesamte ausgegebene Geldmenge tatsächlich um. Auch Keynes sah in solchen Maßnahmen den Ausweg aus der Liquiditätsfalle.

Geld ist eine staatliche Einrichtung. Auch seine Ausgestaltung ist daher Sache des Staates. Es gibt kein prinzipielles Hindernis, das den Staat davon abhalten kann, das Geld bewusst mit Eigenschaften auszustatten, die seine Haltung im Sinne von Hortung – einem negativen Zins gleich – unattraktiv machen. Dann hat die Zentralbank nicht nur die Geldmenge, sondern auch

deren Umlaufgeschwindigkeit im Griff. Und beides muss sie beherrschen, wenn sie die Konjunktur steuern soll – zumal in der japanischen Situation. Dann allerdings kann sie sogar auf Sinns Mittel, die Inflation, verzichten.«

Red.

Die Autoren dieses Heftes:

Fritz Andres

Dhauner Straße 180, 55606 Kirn

Eckhard Behrens

Bergstr. 29, 69120 Heidelberg

Thomas Betz

Paul-Lincke-Ufer 4, 10999 Berlin

Helmut Creutz

Monheimsallee 99, 52062 Aachen

Dr. Heiner Flassbeck

% UNCTAD, Palais de Nation, CH-1211 Genf

Bernd Hercksen

Rappenbergstr. 64, 91757 Treuchtlingen

Dr. Gerhardus Lang

Klinge 10, 73087 Boll

Fundstelle des Mottos: John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, S. 26.

Tagungsbericht:

Weltwirtschaft zwischen Boom und Depression

Bericht über eine Tagung mit Dr. Heiner Flassbeck

Bernd Hercksen

Die vom Seminar für freiheitliche Ordnung veranstaltete Tagung bot die Möglichkeit, die Probleme der Weltwirtschaft aus der Sicht eines international tätigen und renommierten Wirtschaftsforschers kennen zu lernen.

Ein ebenso hochkarätiger wie unkonventioneller Wirtschaftswissenschaftler war vom 16.–17. Februar Gast in Bad Boll – und rund 50 Seminar Teilnehmer kamen, um Heiner Flassbeck zu hören und mit ihm zu diskutieren. Der Referent war viele Jahre lang Leiter der Konjunkturforschungsabteilung beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin und von Oktober 98 bis April 99 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen unter Oskar Lafontaine.

Der Seminarverlauf zeigte, dass Flassbeck auch heute noch seine Thesen mit Überzeugung und Engagement vertritt, zuletzt als freier Wirtschaftsforscher und Publizist (nachzulesen unter www.flassbeck.de) und als Senior Economist bei der Welthandelskonferenz der UNO. Ein Schlüsselerlebnis wurde für ihn der 10jährige Boom der 90er Jahre in den USA, der in der Weltwirtschaft ohne Beispiel dastand – in Europa lief die Konjunktur damals eher flau. Dieses Thema bildete den ersten Seminarblock am Samstag Vormittag.

USA als Positivbeispiel

Während für die Mainstream-VWL die dynamische US-Entwicklung bis heute ein ungelöstes Rätsel darstellt, ist sie für Flassbeck der Beweis für die segensreichen Wirkungen einer aktiven Geldpolitik, die sich nicht scheut, auch in die Konjunktur steuernd einzugreifen. Ausgangspunkt war eine außergewöhnlich starke Zinssenkung der amerikanischen Zentralbank auf einen Realzins von Null – »eine wirtschaftspolitische Großtat von Greenspan«. Das Ergebnis war eine starke Zunahme der Investitionstätigkeit, weit höher als zur gleichen Zeit in Europa, dessen Zinsniveau rund drei Prozent

höher lag. Mit Hilfe der Grafik »Ausrüstungsinvestitionen und Beschäftigungswachstum« zeigte der Referent einen engen, um rund zwei Quartale verschobenen Zusammenhang. Diese Verschiebung sei das Ergebnis eines relativ inflexiblen Arbeitsmarktes.

Eine weitere Bedingung für den Erfolg der finanzpolitischen Wirtschaftssteuerung in den USA sei die stabile Einkommenserwartung der US-Bürger gewesen, gestützt durch eine Lohnsteigerung parallel zum Produktivitätszuwachs. Da die US-Bürger ihr zusätzliches Einkommen auch gleich wieder ausgaben, anstatt es zu sparen, kam es zu einer kontinuierlichen Nachfrageentwicklung, die die Gewinne der Unternehmen garantierte.

Flassbeck griff das dogmatische Denken eines Großteils seiner Kollegen an, die auch bei steigender Produktivität zu einer Lohnzurückhaltung rieten, um so den Gewinn und damit die Investitionsneigung zu fördern. Anhand deutscher Wirtschaftsdaten konnte er seine These untermauern, dass Unternehmer nicht deswegen investieren, weil ihre Kosten niedriger werden, sondern nur dann, wenn ein steigender Absatz zu erwarten sei. Dieser werde aber durch eine zurückhaltende Lohnpolitik gebremst, das Ergebnis sei eine Abwärtsspirale der Wirtschaft, wie sie besonders deutlich in Japan zu beobachten sei.

Ein zweiter Turbolader des US-Booms war für den Referenten die geringe Sparquote der privaten Haushalte. Sie sank von 8% auf fast Null. Hohe Konsumausgaben bedeuteten hohe Gewinne, wie dies auch im Deutschland der 50er Jahre der Fall gewesen sei. Nicht eine Umverteilung zugunsten der Unternehmer führe die Wirtschaft aus einer Rezession heraus, sondern nur ein Wachstum des »Wirtschaftskuchens«. Flassbeck berief sich dabei auf die Erkenntnisse der deutschen Ökonomen Kalezki und Wilhelm Lautenbach, die erkannt hatten, dass es vor allem darauf ankomme, den Gesamtprozess zum Laufen zu bringen. Demgegenüber sei die heutige Wirtschaftswissenschaft auf den Kenntnisstand der 20er Jahre zurückgefallen.

Im direkten Gegensatz zur herrschenden Meinung hält Flassbeck eine hohe Sparquote für außerordentlich schädlich und gefährlich für die Konjunktur. Wenn die Einnahmen zu 100% wieder ausgegeben werden, dann stabilisiere das die Unternehmergewinne. Niedrige Zinsen seien durch die Intervention der Notenbanken trotzdem möglich, wie das Beispiel der amerikanischen Geldpolitik zeige. Flassbeck sprach vom »amerikanischen Sparwunder«, das zu einer Konjunktur geführt hätte, die durch Entspargung bis hin zu einer negativen Sparquote gekennzeichnet sei. Anhand einer Grafik zeigte der Referent, dass die Investitionshöhe in den USA von 1990–2000 genau reziprok zur Sparquote verlaufe.

Eine erhöhte Sparquote bedeute einen Rückgang des privaten Konsums, und der könne auch durch niedrigere Zinsen nicht ausgeglichen werden –

investiert werde nicht, wenn die Investitionskosten sänten, sondern wenn Gewinn zu erwarten sei.

Im Gegensatz zu der Meinung einiger Teilnehmer sieht Flassbeck keine Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums. Wer dieses etwa aus ökologischen Gründen beschränken wolle, müsse sich nach einem anderen Wirtschaftssystem umschauen.

Japan als Negativbeispiel

Einen zweiten Schwerpunkt im Themenprogramm bildete Samstag nachmittag die japanische Wirtschaft und das Umschlagen vom Boom in eine Rezession. Man durfte gespannt sein, welche Ursachen der Referent dafür verantwortlich machte.

Der Beginn dieser Entwicklung datierte wie bei den USA Anfang der neunziger Jahre. Mit einer restriktiven Geldpolitik wollte die japanische Regierung die gefährliche Blase der Bodenspekulation platzen lassen, um eine gesunde Entwicklung einzuleiten. Die Bodenpreise waren dort so hoch, dass bekanntlich das mehrere Quadratkilometer große Grundstück des Kaiserpalasts in Tokio mehr wert war als alle Grundstücke im US-Bundesstaat Kalifornien.

Die daraufhin folgende Rezession äußerte sich nicht in einer steigenden Arbeitslosigkeit, weil in Japan traditionell niemand entlassen wird, sondern in sinkenden Löhnen. Die Haushalte kürzten ihre Ausgaben radikal. Es folgte eine Bankenpleite, weil die Banken die faulen Kredite weiter hielten und dafür die Bankbilanzen einbrachen. Eine Zinssenkung auf Null brachte kein Ergebnis, die Menschen behielten ihr Geld zu Hause und warteten bei Kaufentscheidungen ab, ein Verhalten, das bei sinkenden Preisen tatsächlich für den Einzelnen sinnvoll ist, für die gesamte Wirtschaft aber eine Katastrophe bedeutet.

Eine Lösung für dieses Krisenszenario konnte Flassbeck jedoch nicht anbieten. Das Problem könne nicht in Japan, sondern nur von der Weltwirtschaft gelöst werden.

Europa – weder »gut noch böse«

Die Entwicklung in Europa lag in der Mitte zwischen den beiden Extremen USA und Japan. In Europa gab es mehr und länger steigende Arbeitslosigkeit als in den USA. Die Ursache sah Flassbeck vor allem in der schwachen Einkommensentwicklung in Deutschland, das das europäische Schlusslicht

beim Wirtschaftswachstum bildete. Das Diagramm der Zinsentwicklung in beiden Wirtschaftsblöcken zeige, dass Europa die amerikanische Notenbank halbherzig imitiert habe, anstatt sich abzukoppeln und noch stärker als in den USA die Zinsen zu senken.

Als Ursache für dieses Versagen nannte der Referent eine falsche Wirtschaftstheorie. Die Europäische Zentralbank sei ausschließlich auf die Inflationsvermeidung fixiert, ein Ziel, das relativ leicht zu erreichen sei. Andere Ziele, etwa die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, würden von vorneherein aus dem Aufgabenkatalog der EZB ausgeschieden, so dass sie damit auch vor Misserfolgen sicher sei. Flassbeck sprach sich gemäß den Vorstellungen Schumpeters für die Finanzierung eines Wachstumsprozesses aus dem Nichts aus, also aus dem Geld der Notenbank, das mit niedrigen Zinsen verbunden sein solle.

Weitere Themen

Aus Platzgründen können weitere volkswirtschaftliche Themen, die der Referent ansprach oder auf die er antwortete, nur kurz gestreift werden.

Wechselkurse: Bretton Woods sei die einzige Phase einer halbwegs rationalen Steuerung der Wechselkurse gewesen. Allerdings sei der Dollar als Leitwährungssystem schlecht geeignet gewesen, da die US-Notenbank vor allem die US-Wirtschaft und nicht die Weltwirtschaft unterstützte. Freie Wechselkurse lehnte Flassbeck ab, da der Markt chaotisch und nicht rational reagiere.

Euro: Der Euro sei ein Ergebnis der DM-Dominanz, die von den Nachbarländern besonders wegen des hohen deutschen Exportüberschusses als negativ empfunden wurde. Auch hier konnte die DM als europäische Leitwährung nicht gleichzeitig zwei Herren dienen.

Verschuldung – ungleiche Einkommensentwicklung: Der Referent will kein neues Wirtschaftssystem, um die ständig steigende Verschuldung zu vermeiden. Außerdem sei das gesamte Geldvermögen der Volkswirtschaft immer null. Entscheidend sei ein langfristiger Wachstumskurs. Eckhard Behrens warf daraufhin ein, dass ewiges Wachstum nicht zu erwarten sei. Die durch den Produktivitätsfortschritt freigesetzten Kräfte sollten vor allem für den kulturellen Bereich genutzt werden.

Am Abend stand die Diskussion der Wechselwirkungen zwischen dem Dollar- Euro- und Yenraum auf dem Programm, die leider ohne den abgereisten Referenten stattfinden musste. Ein wichtiges Thema für die Bewältigung der Wirtschaftsprobleme bildete der Ansatz einer kontrollierten Inflation von 4%, der vom Veranstalter schon in mehreren Publikationen

begründet worden war. Fritz Andres stellte dazu ein Dilemma der traditionellen Wirtschaftspolitik fest: bei sinkender Konsumnachfrage wird auch weniger investiert, obwohl die Investitionen dieses Manko eigentlich kompensieren müssten. Dieser Widerspruch könne nur aufgelöst werden, wenn dem Geldbesitzer keine Alternativen zu Sparen oder Investieren offen stehen. Prof. Löhr unterstützte den Ansatz einer kontrollierten Inflation, der auch traditionellen Ökonomen zu vermitteln sei.

Angebots- und Nachfragepolitik im Widerspruch – Nachfragesteuerung durch Fiskal- und/oder Geldpolitik, diese Frage bildete den Abschluss des Seminars am Sonntag Vormittag, konnte aber nicht abschließend geklärt werden. Insgesamt bot das Seminar einen interessanten Einblick in die Widersprüche des traditionellen »Mainstream«, die Heiner Flassbeck gekonnt und engagiert auf den Punkt brachte. Seine kritischer Ansatz konnte viele, aber nicht alle ungelösten Probleme der heutigen Weltwirtschaft erklären. Der Referent war sehr angetan vom hohen Diskussionsniveau sowohl des Podiums als auch des Publikums, was man wohl auch umgekehrt sagen kann.

Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung

Presseinformation

August 2001

Wie bereits im vergangenen Jahr, hat die Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung auch in diesem Sommer beschlossen, einige besondere Leistungen auf dem Gebiet der Geld- und Bodenreformbewegung mit Anerkennungspreisen zu honorieren. Die Preisgelder in Höhe von jeweils 2.000 DM wurden für dieses Jahr folgenden Personen zugedacht:

Volker Freystedt, München
Wolfgang Röhrig, Berlin
Thomas Wendel, Berlin

Volker Freystedt, Sozialpädagoge und Mitarbeiter im Sozialreferat München, konnte in den letzten Jahren in verschiedenen Zeitschriften die Geldproblematik sachlich kompetent und stilistisch hervorragend darlegen. Außerdem wurde er mit einem Beitrag in das Buch »Ungehaltene Reden mündiger Bürgerinnen und Bürger« aufgenommen, das bereits 1999 beim Deutschen Taschenbuch-Verlag erschienen ist, herausgegeben von Hildgard Hamm-Brücher. Auch in diesem Beitrag mit dem Titel »Was würden Sie ändern, wenn Sie Politiker wären?«, stellte Volker Freystedt die Notwendigkeit der Befassung mit der Geld- und Bodenproblematik heraus.

Wolfgang Röhrig, Netzwerkadministrator beim Deutschen Historischen Museum in Berlin, erwies der Reformbewegung einen unschätzbaren Dienst, indem er in den letzten Jahren unter der Adresse www.geldreform.de eine umfassende Übersicht über Organisationen und Ziele der Bewegung ins Internet stellte und ständig ergänzte. Über allgemeine Informationen und Literaturlisten hinaus wurden von ihm sogar einige der wichtigsten Veröffentlichungen zur Geld- und Bodenreform in voller Länge aufgenommen, selbst die Inhalte ganzer Bücher einschließlich der darin enthaltenen Tabellen und Grafiken. Ebenfalls ins Internet gestellt hat Wolfgang Röhrig Veröffentlichungen zur Geld- und Bodenordnung, die in andere Sprachen übersetzt worden sind.

Thomas Wendel, Dipl.-Politologe, nach freier Mitarbeit beim Spiegel und Die Woche seit einem Jahr als Wirtschaftsredakteur bei der Berliner Zeitung tätig, erhält die Anerkennung vor allem im Hinblick auf seine Recherchen

und Veröffentlichungen über das Geldexperiment in Wörgl. Schon in seiner Diplomarbeit, in der er auch die Freiwirtschaft selbst beschrieben hat, behandelte er schwerpunktmäßig die Vorgänge in der Tiroler Stadt während der Deflationskrise Anfang der 30er Jahre. Im vergangenen Jahr konnte er sogar im Rahmen einer Förderung der Ruhrgas-AG seine diesbezüglichen Recherchen nochmals vertiefen und in journalistischer Weise aufarbeiten. Der daraus resultierende Bericht wurde durch den Veranstalter unter www.ruhrgas.de ins Internet gestellt.

Mit dem Dank an die diesjährigen Preisträger verbindet die Stiftung auch ihren Dank an alle diejenigen, die mit ihren Spenden, Zuwendungen und Vermächtnissen die Arbeit der Stiftung ermöglichen. Zu dieser Arbeit gehört u. a. die Pflege und der weitere Ausbau der Freiwirtschaftlichen Bibliothek sowie – ebenfalls betreut durch Werner Onken – die Herausgabe der Zeitschrift für Sozialökonomie sowie vieler Buchveröffentlichungen, darunter vor allem die inzwischen abgeschlossene Edition der gesammelten Werke Silvio Gesells.



Tagungseinladung

Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.

Badstraße 35, 73087 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73

Der Bildungsgutschein Ein Schritt zu pädagogischer Freiheit und Vielfalt

Tagung

vom 5.–6. Oktober 2002

im Seminargebäude in Bad Boll

Der Staat bezahlt bei uns nicht nur die Schulen, sondern er betreibt sie auch. Der Besuch der Bildungseinrichtungen ist daher für den Einzelnen zwar unentgeltlich, aber oft enttäuschend, weil er dabei nur auf ein vom Geist staatlicher Bürokratie durchsetztes Angebot stößt, das Freiheit und Vielfalt, Kreativität und Wettbewerb vermissen läßt.

Der Bildungsgutschein macht Schluß mit dem Satz: »Wer zahlt, befiehlt!«, denn er trennt im Bildungswesen die Finanzierungs- von der Betreiberverantwortung. Während es für den Einzelnen weiterhin bei der Unentgeltlichkeit des Besuchs von Schule und Hochschule bleibt, weil er den Bildungsgutschein vom Staat kostenlos erhält, zieht der Staat sich als Betreiber der Bildungseinrichtungen auf eine reine Rechtsaufsicht zurück und überantwortet den Betrieb der Schulen und Hochschulen, die Ausgestaltung ihrer Angebote, kurz: die gesamte Leistungsseite des Bildungswesens den Trägern bzw. den in den Einrichtungen Tätigen. Diese müssen jetzt selbst über ihr pädagogisches und wissenschaftliches Profil entscheiden. Aber ihre Autonomie ist nicht mehr ein Privileg, sondern eine Freiheit, die sich im Wettbewerb mit anderen Einrichtungen bewähren muß. Das fördert Kreativität und Vielfalt und gibt jedem Schüler (bzw. den Eltern) und Studenten die Möglichkeit, eine für ihn passende Einrichtung auszusuchen. Der Bildungsgutschein – ein Instrument zur Finanzierung von Autonomie, Vielfalt und Wettbewerb im Bildungswesen: das ist die Erwartung, die die Befürworter mit seiner Einführung verbinden. Ist er der Hebel, von dessen

Umlegung der vielfach geforderte »Ruck« in dieser Gesellschaft ausgehen könnte?

Wie der Bildungsgutschein funktioniert, wie er unser Bildungswesen verändern könnte, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit er sich segensreich auswirkt, und wo Gefahren lauern – diesen und weiteren Fragen soll auf der Tagung nachgegangen werden.

Samstag, den 5. Oktober 2002

- 9.30 Öffnung des Tagungsbüros
- 10.00 Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema
- 10.15 Das Bildungswesen im ordnungspolitischen Umbruch
Eckhard Behrens, Heidelberg
- 11.15 Pause
- 11.30 Parallelen und Polaritäten zwischen wirtschaftlichem und kulturel-
lem Wettbewerb
Jobst von Heynitz, München
- 12.30 Mittagessen in benachbarten Gasthäusern
- 14.30 Kaffee im Tagungsraum
- 15.00 Der Bildungsgutschein
Staatliche Finanzierung freier Entfaltung
Eckhard Behrens, Heidelberg
- 16.00 Kaffeepause
- 16.30 Der Bildungsgutschein
Von der Idee zur Verwirklichung
Eckhard Behrens, Heidelberg
- 18.00 Abendessen in benachbarten Gasthäusern
- 20.00 Sokrates und das deutsche Bildungswesen
Fritz Andres, Kirn

Sonntag, den 6. Oktober 2002

- 9.00 Der Bildungsgutschein als Impuls für Autonomie und Wettbewerb
Eckhard Behrens, Heidelberg
- 10.30 Pause
- 11.00 Gemeinsame Einschätzung der politischen Verwirklichungsmög-
lichkeiten
- 12.00 Tagungsende

Die Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst. Für nicht-verlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« erschienenen Beiträge kann angefordert werden.

Vierteljahresschrift »Fragen der Freiheit«

Herausgeber: Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.

Begründet durch Diether Vogel †, Heinz-Hartmut Vogel †,

Lothar Vogel †

Redaktion: Fritz Andres % Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.,
Badstr. 35, D-73087 Boll, Telefon (071 64) 3573
Fax (071 64) 70 34, E-mail info@sffo.de
Internet www.sffo.de

Preis: Jahresabonnement Euro 25,—, sfr. 40,—
Jahresabonnement für Schüler, Studenten und Auszubildende: Euro 15,—, sfr. 25,— (einschließlich Versandkosten)

Einzelhefte: Euro 5,—, sfr. 8,— (zuzügl. Versandkosten)

Wer die steuerlich als gemeinnützig anerkannte Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung e. V. als *förderndes Mitglied* mit einem Mindestbeitrag von Euro 60,—, sfr. 100,— pro Jahr unterstützt, wird über die Arbeitsergebnisse durch die regelmäßige, *unentgeltliche* Lieferung der »Fragen der Freiheit« informiert.

Sammelmappen: jeweils für 1 Jahr Euro 5,—, sfr. 8,—
zuzügl. Versandkosten. Abonnement möglich

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20011, BLZ 610 500 00
Raiffeisenbank Boll Nr. 482 999 004, BLZ 600 697 66

Postbank: Frankfurt am Main 26 1404-602, BLZ 500 100 60
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 731/9

ISSN 0015-928 X

Satz: Mediendesign Späth GmbH, 73102 Birenbach

Druck: Druckerei Müller, 73102 Birenbach

Printed in Germany